Kriegsziele und Friedens-aussichten

Betrachtung
über die wirtschaftliche Lage
im dritten Jahre des
Weltkrieges



Von Adolf Sauer



Berlin 1917 / Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung

Kriegsziele und Friedensaussichten

Betrachtung
über die wirtschaftliche Lage
im dritten Jahre des
Weltkrieges

von

Adolf Sauer



Berlin 1917 / Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung

Vorwort.

Meinen vor Jahresfrist erschienenen Beobachtungen und Feststellungen über „die wirtschaftliche Lage der kriegführenden Mächte" lasse ich eine neue Schrift folgen, die die Verhältnisse nach dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg beleuchten soll.

Die innerpolitische Lage der uns feindlichen Mächte ist für uns nicht deutlich erkennbar; wie sie tatsächlich aussieht, wird sich an den Wirkungen zeigen, die der Kriegsschluß auslösen muß und deren unheilvolles Gefolge sich heute kaum ausdenken läßt. Näher darauf einzugehen, lag nur insoweit Veranlassung vor, als ihr unmittelbarer Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik unserer Feinde sozialökonomisch von Wichtigkeit ist.

Die Zentralmächte führen den Kampf um ihr Sein oder Nichtsein. Hiernach ist alles zu beurteilen, was im Innern in Erscheinung tritt, und es kann nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, auch nur um Haaresbreite von jenen Zielen abzuweichen, die uns in den Augusttagen 1914 erstrebenswert galten. An ihnen hat sich nichts verändert, und deshalb müssen die Handlungen der berufenen Führer der Nation allerseits von jenem Vertrauen getragen werden, das denen gebührt, die in weit höherem Maße die Verhältnisse zu übersehen vermögen als die, deren Wünsche und Hoffnungen immerhin beeinträchtigt sind von allen Einwirkungen ihrer Umgebung. Es vermag niemand über seinen Schatten zu springen; anderseits aber hat der Turmwart die bessere Aussicht.

Alle aber, Hohe und Niedrige, hoffen auf den endgültigen Sieg und sind sich einig in dem Gedanken und im Willen zum Durchhalten! Und wenn es einmal diesem oder jenem schwer fällt, auch noch ein drittes Kriegsjahr hindurch Entbehrungen zu ertragen, so denke er an die schönen Worte des alten Preußenliedes:

„Nicht jeder Tag kann glühn im Sonnenlichte!"

Zum Schwarzsehen haben wir keine Veranlassung, und täuscht nicht alles, so ist die Zeit nicht mehr fern, da uns die Sonne eines ruhmreichen Friedens wieder strahlt in einem größeren und schöneren Deutschland.

Oktober 1916.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort 3

Allgemeine Einleitung 7

Wirtschaftliches 18

Italien 21

Frankreich 26

Rußland 32

Rumänien 40

England 43

Deutschland 53

Kriegsziele 73

Der bargeldlose Verkehr 73

Die Presse 81

Die deutsche Mode 86

Deutschlands Kriegsziel 88

Allgemeine Einleitung.

Noch ist die Furie des Weltkrieges nicht gefesselt, noch schlagen seine Flammen an allen Ecken und Enden zum Himmel und beleuchten in grellem Lichte das Elend, das millionenfacher Mord an Kultur und Menschheit heraufbeschwor. Riesengroß ist die Zahl derjenigen, die in diesem Kriege ihr Leben lassen mußten als Opfer des größten Verbrechens, das je an der Menschheit begangen wurde. Noch größer aber ist die Zahl derjenigen, deren Kraft auf Jahre hindurch für das Wirtschaftsleben nicht in dem Maße nutzbar sein wird wie vor dem Kriege; denn die Forderungen, die der Weltkrieg an die physischen Kräfte des einzelnen stellt, und die psychische Inanspruchnahme, die er im Stellungskampf, in der offenen Schlacht oder bei der Verfolgung mit sich führt, werden erst nach längerer Zeit die Wiederherstellung des körperlichen und seelischen Gleichgewichts der am Kriege, sei es mittelbar oder unmittelbar Beteiligten so weit zulassen, daß man von ihnen eine ersprießliche Tätigkeit erwarten kann.

Ebenso wie das Kräfteverhältnis im Wirtschaftsleben eine Veränderung erlitten hat, die sich heute noch nicht ziffernmäßig ausdrücken läßt, ebenso kann man ohne Übertreibung behaupten, daß seit dem 1. August 1914 sowohl jede politische Lehre in ihren Grundfesten erschüttert wurde, als auch auf dem Gebiete der Handels- und Wirtschaftspolitik sich Änderungen als notwendig herausgestellt haben, mit denen zu rechnen noch vor drei Jahren keinem Menschen eingefallen wäre. Hat einerseits die Haltung der

Sozialdemokratie in allen Ländern gezeigt, daß diese Partei nichts weniger als international ist — in ihrem ureigensten Wesen ist sie genau so völkisch wie jede andere —, so trug anderseits der aus sich selbst entstandene, von der Regierung geförderte und nach Kräften durchgeführte Burgfriede dazu bei, der politischen Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften ein Gepräge aufzudrücken, wie es die Lage des Landes, der verkündete Belagerungszustand sowie der Wall von Feinden ringsum mit eiserner Notwendigkeit erzwang. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß alte Forderungen der extremsten links-politischen Partei Deutschlands plötzlich feste Gestalt gewannen und daß ihre Anwendung notwendig wurde, um ein Volk von 70 Millionen vor dem Verhungern zu schützen. Wie weit man solchem Wandel nach dem Kriege Rechnung tragen wird, vielleicht auch Rechnung tragen muß, soll später noch beleuchtet werden; daß aber die eiserne Zeit eiserne Gesetze schuf, wird nicht weiter wundernehmen können und mag als vorläufige Erklärung für jene unerhörten Triumphe dienen, die der soziale Gedanke feiern konnte. Der Krieg an und für sich ist durch seine Ursache, durch die Verhältnisse, die seine Dauer bedingen und auch den Friedensschluß unnötigerweise verschleppen, mehr und mehr zum Wirtschaftskrieg geworden; das erkannten wir bereits bei seinem Ausbruch, ahnten aber nicht die lange Dauer des strategischen Ringens.

Unsere englischen Vettern, die uns den in mühsamer Arbeit erworbenen Platz an der Sonne mißgönnten, haben bisher auch zu verhindern gewußt, daß irgendein Sonderfriede zustande kam. Ob aber ihre Bestrebungen, nach Kriegsende einen für uns ungünstigen Wirtschaftsumschlag herbeizuführen, von Erfolg gekrönt sein werden, erscheint heute mindestens zweifelhaft. Einstweilen ist aus all ihren vielen Bemühungen als greifbarer, wenn auch unbeabsich-

tigter Erfolg nur die Tatsache herauszukristallisieren, daß man zwar für Amerika und Japan Vorspanndienste leistete, aber in Rußland und Frankreich die Presse zu der Feststellung zwang, daß ein Wirtschaftskrieg gegen Deutschland für die Zeit nach dem Kriege mehr als eine Schattenseite besitzt. Italien und Rumänien scheiden bei derartigen Erwägungen deshalb aus, weil hier ziffernmäßig ohne weiteres der Nachweis geführt werden kann, wie stark die Lebensbedingungen dieser Länder von einem Handelsverkehr mit Österreich und Deutschland abhängig sind*). Der Wunsch unserer Feinde, uns zur Untätigkeit zu verdammen und uns in die Zeiten der romantischen Schäferspiele eines Ludwigs XIV. zurückzubannen, wird an dem eisernen Willen des deutschen Volkes zerschellen, die Rolle in der Weltgeschichte zu spielen, die ihm sein Fleiß und seine natürliche Veranlagung zuweisen.

Zudem wird es dem vorurteilslosen Beobachter klar sein, daß die Zertrümmerung der Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands diejenigen der ganzen Welt in Mitleidenschaft ziehen müssen. Alle Ausführungen, daß Rußland den weiteren Ausbau seiner Industrien selbst in die Hand nehmen, daß es auf die Einfuhr deutscher Waren und Erzeugnisse verzichten will, daß Frankreich sich unabhängig vom deutschen Markte machen und daß England die Geschäftsverbindungen mit Deutschland ersetzen wird, sind zunächst nur leere Redensarten und nicht ernst zu nehmen zu einer Zeit, wo die Frühjahrsmesse des Kriegsjahres 1916 zu Leipzig mit so großen Erfolgen abgeschlossen hat. Selbst wenn man zugesteht, daß auf diesem Markte bei den Bestellungen neutraler Länder die Ansprüche unserer Feinde

*) Siehe auch Sauer: Wehe den Besiegten. Die wirtschaftliche Lage der kriegführenden Mächte. S. 27 ff. Königliche Hofbuchhandlung E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

nicht in Frage gekommen seien, so gibt doch der Umstand zu denken, daß das durch England abgeschlossene Land in seinen wirtschaftlichen Grundlagen so fest verankert ist, daß es neben der Erzeugung von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial — denn hier ist Deutschland auf sich allein angewiesen und hat kein Amerika, dem es Millionenaufträge überweisen könnte — noch Gebrauchs- und Wirtschaftsgegenstände, sogar Luxus- und Spielwaren für fremde Länder herzustellen vermag.

Die Bemühungen, Deutschlands Wirtschaftskräfte zu erdrücken und zu vernichten, müssen fruchtlos bleiben, denn im Wirtschaftsleben der Völker geht alles seinen Kreisgang, das eine ist zu sehr vom andern abhängig, als daß ein Faktor ohne weiteres ausgeschlossen werden könnte, ohne daß sich im Resultat etwas änderte; und worauf die Bestrebungen der Völker im Wirtschaftsleben hinzielen, das lernt der Schüler der Wirtschaftslehre in der ersten Stunde. Sollte England wirklich nach dem Kriege versuchen, dem deutschen Markte fernzubleiben oder aber deutschen Erzeugnissen und deutschen Waren seinen Markt zu verschließen, so wird ein „Made in Germany" in hundertfach verstärkter Form ihm hohnlachend in die Ohren gellen und seine eigenen Waren und Erzeugnisse heute ebenso wie vor Jahrzehnten in den Hintergrund drängen.

Wie mit der Entfaltung des freien Spiels der Kräfte im Wirtschaftsleben eines Landes, genau so verhält es sich mit der Finanzierung auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, die mit ihm Hand in Hand gehen muß. Was England auf diesem Gebiete an Ansehen verloren hat, holt es so bald nicht wieder ein. Denn es handelt sich zunächst nicht darum, daß das Pfund Sterling später einmal wieder seinen alten Kurs erlangt, sondern es ist zu berücksichtigen, daß der Kursrückgang des Sterlings, den England unter den verzweifeltsten Anstrengungen zu verhindern

sucht, fremden am Kriege gar nicht oder nur ganz mittelbar beteiligten Völkern nach Millionen zu bewertende uneinbringliche Verluste zufügte, durch die das Vertrauen zu England, als dem Bankier der Welt, unwiderruflich dahingegangen ist. Wer einige Jahrhunderte diese Rolle gespielt hat, darf sich nicht in abenteuerliche Geschäfte einlassen; England galt als der zuverlässigste Bankier, bei dem jedes Guthaben sofort und voll zur Auszahlung gelangte. Die gewagten Geschäfte dieses internationalen Bankhauses haben jedoch den Wert seiner Noten geschwächt und dazu geführt, daß fremde Staaten, die ihr Geld bei der Bank von England in Sicherheit glaubten, für ihre Wechsel- und andere Forderungen den vollen Wert nicht mehr erhalten konnten. Dieser Umstand begründet den größten Verlust, den die englischen Riesenaufträge nach Amerika gebracht haben. Die Einzelheiten über diese Ereignisse sowie darüber, ob Amerika für die Zeit nach dem Kriege als berufener Weltbankier gelten wird, sollen in einem besonderen Kapitel behandelt werden.

Es mag jedoch immerhin möglich sein, daß unser Handel später vor großen Schwierigkeiten stehen wird, aber bevor England daran denken kann, uns vom Welthandel fernzuhalten, wird es darauf bedacht sein müssen, die Schäden auszugleichen, die ihm unsere tapferen blauen Jungen im Unterseebootskrieg gebracht haben. Riesenkapitalien und viele Jahre werden erforderlich sein, Englands Schiffsräume so weit zu ergänzen, daß es für den Handelsverkehr annähernd wieder die frühere Rolle spielen kann. Ebenso sind Frankreichs Verluste an Handelsdampfern beträchtlich. Diese Wunden werden nicht so schnell heilen, denn unter ihnen leiden nicht allein der eigene Handel und Wandel, sondern auch die entfernter stehenden, aber nicht weniger unmittelbar beteiligten Kreise, die für den Verlust der in die Handelsflotte gesteckten Gelder aufzukommen haben: die Banken und Versicherungsgesell-

schaften — auch diejenigen Amerikas werden sie zu verspüren haben—, die sich mit den Deckungsgeschäften und Rückversicherungen für die Geschäfte der Versicherungsgesellschaften befassen. Das gilt für beide Länder, und die übernommene Haftpflicht spielt deswegen eine um so größere Rolle, als man dort die Sparkassen in unserem Sinne nicht kennt, sondern die Bevölkerung ihre Spargelder solchen Gesellschaften und Banken anvertraut.

Im Laufe des Krieges hat sich in schärferer Weise, als man voraussehen konnte, herausgestellt, was wir von Amerika zu hoffen und zu erwarten haben. Den halbamtlichen Pressenachrichten zufolge hätte man bei Kriegsausbruch annehmen können, daß unser politisches Verhältnis zu Amerika zum mindesten eine strenge Parteilosigkeit der Vereinigten Staaten bedingte. Amerika hat an den ihm von den Ententemächten zugewiesenen Milliardenaufträgen in besonders starkem Maße verdient, und es ist bekannt, daß Rußland, Frankreich und auch England in eine bedeutende Verschuldung an Amerika geraten sind. Daß dieses rein geschäftliche Verhältnis, das dem eines Verkäufers zu seinen Kunden entspricht, Wilsons Politik beeinflußt hätte, ist zwar nicht von der Hand zu weisen, aber die eigentlichen Gründe für die eigenartige Stellungnahme Amerikas zu Deutschland dürften tiefer liegen. Auch hier ist der Handelsneid auf Deutschlands wirtschaftliche Erfolge, auf seine anerkannte Leistungsfähigkeit im Gebiete der industriellen Erzeugnisse zu berücksichtigen. Natürlich nur unausgesprochen und soweit die amerikanische Nation als solche in Frage kommt, denn es ist bekannt, wie gern der einzelne Amerikaner, wenn es ihm seine Verhältnisse gestatten, seine Erholungszeit innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle zubringt.

Wenn man nun auch nicht vergessen darf, daß die Politik des amerikanischen Präsidenten nicht seine eigene,

sondern die derjenigen Leute ist, deren Ansehen und Macht ihm zum Präsidentenstuhl verholfen hat, so wird man anderseits die möglichen staatsrechtlichen Folgen nicht unterschätzen dürfen, die aus der Haltung des Präsidenten entstehen können und, wie man weiß, beinahe entstanden wären. Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, darf man sich wohl über eine Kriegsbefürchtung hinwegsetzen, selbst wenn wir wieder gezwungen sein würden, eine Verschärfung des U-Bootkrieges eintreten zu lassen. Denn die bevorstehende Präsidentenwahl zwingt die beteiligten Kreise dazu, der Stimmung der Menge Rechnung zu tragen, die sich zwar in hochtrabenden Reden gefällt, aber von wirklichem Eingreifen nichts wissen will. Für den aufmerksamen Beobachter ergibt sich lediglich die merkwürdige Tatsache, daß allein ihre verfassungsmäßigen Zustände ein Hindernis für die Vereinigten Staaten bedeuten können, eine dauernde, sich selbst und ihren allgemeinen Interessen treu bleibende Wirtschaftspolitik zu betreiben. Das mögen sich vor allem jene gesagt sein lassen, die die freiheitlichen Zustände Amerikas bei jeder Gelegenheit uns als vorbildlich hinstellen. Für die vielbesprochene Frage, ob Amerika nach dem Kriege an Englands Platz als Weltbankier rücken wird, dürften diese Umstände von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Wenn auch fremde Valuten gegenüber der amerikanischen zur Zeit ein mehr oder weniger starkes Disagio aufweisen, so wird man doch diese Erscheinung als nur vorübergehend zu betrachten haben. Schon Amerikas von dem europäischen Markte immerhin etwas entfernte Lage bildet ein großes Hindernis für seine Rolle als internationalen Bankier, dann aber muß man sich auch vergegenwärtigen, wie weit Amerikas Wirtschaftssystem fremdem Einflusse ausgesetzt ist. Gewiß ist Amerika als „reich“ zu bezeichnen, und es vermag ganz bedeutende Ausfuhrziffern in seine

Handelsbilanz einzustellen. Aber gerade deswegen sind hier die Verhältnisse besonders ungünstig, um der Währung der Vereinigten Staaten als „Standard-Währung“ Geltung zu verschaffen. Denn Amerika ist viel weniger Bankier als Verkäufer, und zwar ein Verkäufer, der sich wieder gezwungen sieht, die Finanzierung großer Teile seines Wirtschaftslebens durch das Ausland vornehmen zu lassen, also fremde Gelder benötigt und fremde Länder hierfür beansprucht. Diese sind natürlich in der Lage, ihm Verzinsung und Währungssätze vorzuschreiben. Ob hieran selbst die Milliarden etwas abändern können, die Amerika durch den Krieg verdient hat, bleibt zunächst abzuwarten. Ebenso muß dahingestellt sein, ob die Verhältnisse nach dem Kriege es Amerika gestatten werden, die riesenhaften Kapitalaufnahmen für die großen Kriegsaufträge auszunutzen, und es ist kein Grund zur Annahme vorhanden, daß es diesmal eine durch die uneingeschränkte Erweiterungstätigkeit seiner Industrie begründete Krise besser überstehen wird als die bisherigen, die noch regelmäßig namenloses Elend und Verwirrungen mit sich gebracht, jedenfalls aber dazu geführt haben, daß Amerika sich immer und immer wieder an das Ausland hat wenden müssen.

Viele Dinge sprechen dafür, daß die Stellung des Weltbankiers nach dem Ausscheiden von England und Amerika Deutschland vorbehalten bleibt. Wie weit es wirtschaftlich hierzu veranlagt ist, soll später noch genauer dargelegt werden. Seine Vorzugsstellung für diesen Beruf, seine finanzielle Stärke sowie seine wirtschaftliche Unabhängigkeit hat ja gerade der Krieg ergeben. Ein Land, das, abgeschnitten von jedem Verkehr, sich selbst ernährt, seine Anleihen innerhalb seiner Grenzen in einer Höhe von über 17 Milliarden unterbringt, ein Staat, der es verstanden hat, in wenigen Wochen sich so umzumodeln, daß er jeder Forderung des Tages gerecht zu werden vermag, der seinen

Bundesgenossen dabei die weitgehendsten Unterstützungen hat zu Teil werden lassen, ein solcher Staat darf, gestützt auf seine gesunde innere Grundlage, zunächst für sich das Recht in Anspruch nehmen, jedenfalls seinem eigenen Handel, auch dem mit dem Ausland, die eigene Währung zuzuweisen. Gestützt auf die vorher angeführten Tatsachen wird er auch verlangen können, daß fremde Nationen, die mit ihm Handelsverbindungen eingehen, das gleiche Zutrauen zu ihm haben, denn es gibt heute kein Übergewicht mehr zugunsten der Währung des Pfund Sterling im Vergleich mit der Markvaluta.

Ein Kapitel für sich beansprucht die Landwirtschaft, die, früher nicht immer gerecht beurteilt, in so hohem Maße dazu beitrug, die Hoffnungen der Feinde zuschanden zu machen. Die Welt sah das ungeahnte Schauspiel, daß Deutschland in der Ernährungsfrage vom Auslande unabhängig wurde, allerdings mit einer gewissen Einschränkung, denn alles und jedes war auch für Geld nicht immer erhältlich. Natürlich soll auch bei der Beurteilung dieser Frage der Wille des Volkes zum Durchhalten nicht unterschätzt werden, aber die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß im großen und ganzen während der ganzen Kriegsdauer das deutsche Volk von deutschen Erzeugnissen sich ernähren konnte. Dieses Gebiet gesetzgeberisch zu vervollkommnen und mit ausgleichender Gerechtigkeit für alle Teile zu sorgen, wird eine der großen Aufgaben nach dem Kriege sein müssen.

Bei der Beurteilung von wirtschaftlichen Zuständen und Aussichten darf man die Sozialdemokratie nicht außer acht lassen, deren Entstehung und Wesen nicht zum kleinsten Teil mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage ihrer Anhänger zusammenhängt. Daß der Gedanke der Internationalität verflogen ist, mag nebenbei erwähnt werden, doch wird das Wirtschaftsleben mit der Gesamthaltung der

Sozialdemokratie rechnen müssen, die das Vaterland in der Stunde der Not nicht im Stiche ließ und ihrer Pflicht sich ebenso bewußt war wie alle anderen Deutschen. Hieraus ergibt sich für die Zukunft eine Reihe von Fragen, deren Beurteilung und Beantwortung nicht leicht sein wird. Aber schon die Tatsache, daß man in Zukunft mit einer positiven Mitarbeit dieser großen politischen Gruppe im deutschen Wirtschaftsleben mit Sicherheit rechnen darf, wird viele Meinungsänderungen veranlassen und innere und äußere politische Momente anders beurteilen lehren. Das ergibt für die Wirtschaftsverhältnisse neue Wege und neue Bahnen, denn hier ist es nicht gleichgültig, ob Millionen abseits stehen, deren Kapital nur in der Kraft ihrer Arme besteht, oder ob sie gewillt sind, ihre Sonderinteressen zu beschränken, zu versuchen, am Großen und Ganzen mitzuarbeiten und auch in den Kreis ihrer Berechnungen jene Erwägungen hineinzuziehen, die dem Wohl des Vaterlandes dienen. Sie haben, abgesehen von denjenigen Ausnahmen, deren Bewertung nicht mehr eine Frage der Nationalökonomie, sondern der Pathologie ist, ihr Deutschtum in der Zeit der Gefahr hochgehalten, und wenn die Logik richtig ist: wer A gesagt hat, muß auch B sagen, so werden wir nach dem Kriege mit einem Deutschland rechnen können, dessen gesetzgeberische Körperschaft auch in Beziehung auf Fragen des Heeres und der Marine im allgemeinen jene Einigkeit bewähren wird, die ihm zur Kriegszeit bisher in so hohem Maße eigen gewesen ist.

Und das wird wirtschaftlich von allergrößter Bedeutung sein. Denn im Gegensatz zu England, wo stets die Kriegsflotte bereit gewesen ist, die Interessenvertretung des englischen Handels zu übernehmen, war der deutsche überseeische Handel in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen, und es muß als ein besonderes Zeichen für die Tüchtigkeit der deutschen Schiffahrt erklärt werden, daß sie es verstand,

ihrer Flagge draußen Geltung zu verschaffen und deutschen Waren die Ausfuhr in fremde Länder in breitestem Maße zu ermöglichen. Mehr als bisher wird Deutschland darauf angewiesen sein, diese Ausfuhr zu vergrößern, will es nicht in den nächsten Jahrzehnten die passive Seite seiner Handelsbilanz allzusehr anschwellen lassen; abgesehen davon, daß der Satz: „Si vis pacem, para bellum" auch nach diesem größten aller Kriege seine Bedeutung nicht verloren haben wird, steht deutschen Handels- und Schiffahrtskreisen mehr als je ein Recht darauf zu, sich im Schutze einer unbesiegten und unbesiegbaren Flotte zu wissen, falls es einem Frechling Albions je einfallen würde, die internationale Höflichkeit zu vergessen; denn kein Kaufmann kann Geschäfte machen und sich erfolgreich behaupten, wenn er nicht in der Lage ist, sein Ansehen nach jeder Richtung hin und jedem gegenüber zu wahren.

Alles in allem: große Fragen werden nach dem Kriege zur Erörterung stehen. An ihrer Lösung mitzuarbeiten muß die Aufgabe des ganzen Volkes sein. Manche alte sozialpolitische Forderung wird erfüllt werden, rascher als man es je zu denken gewagt hätte. Insbesondere dürfte dies auch von der Frauenbewegung gelten. Wo es während des Krieges an Männern fehlte, ist die deutsche Frau eingesprungen. An tausend Stellen hat sie gezeigt, was sie zu leisten vermag. Wennschon Deutschland seine Männer an die schwierigsten und verantwortungsreichsten Stellen zu setzen hat, so wird auch im Frieden die deutsche Frau in der gleichen Weise die Räder der Wirtschaft in Bewegung zu halten wissen, wie sie es im Kriege getan hat. Uns schlugen schwere Stunden, aber Fleiß und Tüchtigkeit, Zähigkeit und Beharrlichkeit, Erfindergeist gepaart mit den Fortschritten der Wissenschaft werden alle Wunden ausheilen und neuen Wohlstand und neues Glück für unser Vaterland deuten die Zeichen.

Wirtschaftliches.

Das Deutschland Goethes, Schillers und Heines, der noch Germanias Schlaf unter der Hut von 36 Monarchen bespötteln konnte, sah nach dem Kriege von 1870/71 die letzten Zollschranken fallen, und seine völkische Einheit muß als unbedingte Voraussetzung der riesenhaften wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches angesehen werden. Diese war wiederum um so mehr sich durchzusetzen in der Lage, als ihr im Wege der Reichsverfassung sowie durch eine sich den Verhältnissen anpassende Gesetzgebung ein weites Verständnis für die Forderungen der Zeit entgegengebracht wurde. Wir wissen heute alle, daß die politischen Aufgaben dieses Weltkrieges eine untergeordnete Rolle spielen den Forderungen und Hoffnungen gegenüber, die an die Wirtschaftsentwicklung der Nation gestellt werden und die diese selbst von der Zukunft erwartet. Wenn bisher Ergebnisse des Krieges als Fragen zur Herbeiführung des Friedens erörtert wurden, so trat die wirtschaftliche Seite stets stark in den Vordergrund; ja, so oft noch Forderungen über Gebietsabtretungen aufgestellt wurden, die ursprünglich politischen oder auch idealen Gedankengängen entstammen mochten, war doch stets aus der Form der Forderungen sehr schnell zu ersehen, daß ihr Inhalt letzten Endes wirtschaftlichen Gründen entsprang.

Soweit Kriegführende über Kriegsziele sprechen wollen, müssen sie sich zunächst auf den Boden der Wirklichkeit stellen. Wir wissen, daß England und Frankreich seit Kriegsausbruch jede Möglichkeit eines Erfolges, und Rußland und Italien sogar jeden Gedanken an einen Erfolg als Faktor in ihrer Rechnung aufgestellt und diskontiert haben; diesem gegenüber sollen die nachstehenden authentischen Zahlen sprechen.

1. Die Mittelmächte halten auf europäischem Boden von feindlichen Gebieten besetzt im ganzen	431 000 qkm.
Der Feind hat besetzt im Elsaß, in Galizien und der Bukowina insgesamt	22 000 qkm.
Am Ende des ersten Kriegsjahres stellten sich diese Ziffern	180 000 qkm
zu 11 000 qkm!	
2. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen betrug am Ende des zweiten Kriegsjahres im ganzen	2 658 283 Mann.
Am 31. Juli 1915 waren in Deutschland und Österreich	1 695 400 Mann
feindliche Gefangene zu verzeichnen.	
Von russischen Kriegsgefangenen befinden sich in Deutschland, Österreich, Bulgarien und der Türkei	13 294 Offiziere
und	1 981 631 Mann.
Von Angehörigen Frankreichs, Rußlands, Belgiens, Englands und Serbiens befinden sich in deutscher Kriegsgefangenschaft allein . .	16 569 Offiziere
und	1 647 225 Mann.
3. In Deutschland ist folgende Kriegsbeute bisher festgestellt worden:	
Geschütze	11 056,
Geschosse	4 748 038,
Fahrzeuge, Munition	9 096,
Gewehre und Karabiner	1 556 132,
Pistolen und Revolver	4 460,
Maschinengewehre	3 450.

An diesen Ziffern fehlen die nicht annähernd zu bestimmenden Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre mit Munition, die im Felde sogleich in Gebrauch genommen worden sind; ebenso sind hierin die in der Dobrudscha erbeuteten Gegenstände nicht enthalten.

An Schiffsverlusten sind zu verzeichnen:

	England und seine Bundesgenossen		Deutschland und seine Bundesgenossen	
	Zahl	Wasserverdrängung t	Zahl	Wasserverdrängung t
1. Kriegsjahr . . .	27	295 930	20	109 321
2. Kriegsjahr . . .	22	266 320	10	82 210
Insgesamt . .	49	562 250	30	191 531
Davon	England allein		Deutschland allein	
	40	485 220	25	162 676

Diese Ziffern sprechen für sich. Welche Aussichten die Verbündeten, die inzwischen auf allen Fronten ihr Heil versuchten, weiterhin haben, ergibt am besten der Erfolg der Alliierten, die für die geplanten Durchbrüche lediglich Einbuchtungen der deutschen Front bei einer Länge von etwa 20 bis 25 Kilometern in einer Tiefe von wenigen Kilometern erreichten und für diese Errungenschaft fast eine Million an Verlusten zu verzeichnen hatten. Wenn die Alliierten weiter derartige Ergebnisse haben, dann werden sie die gesamte Erde männerlos machen müssen, um bis zu ihrem Ziele, dem Rhein, zu gelangen; was ihnen also in diesem Falle auch keinen Nutzen einbringen würde, da unsere Verluste ziffernmäßig in keinem Verhältnis zu den ihrigen stehen würden. Tatsächlich kann nicht einmal von einer Erschütterung der deutschen Linien die Rede sein, trotz aller Massenaufgebote an Artilleriematerial und Menschen in den Maas- und Somme-Kämpfen.

Was erwartet der Vierverband wirtschaftlich vom Kriegsende? In Paris hat eine große Konferenz stattgefunden, in der hinter verschlossenen Türen geheimnisvoll beraten wurde, in welcher Weise man Deutschland wirtschaftlich beiseiteschieben wolle, wenn man es erst besiegt habe. Es wurden große Pläne geschmiedet und Beschlüsse gefaßt, die im Triumphe aller Welt in üblicher Art durch die Telegraphenbureaus mitgeteilt wurden. Nach Verlauf weniger Wochen jedoch drang erst in Rußland, dann in Frankreich, vereinzelt auch in England, die Ansicht durch, daß man Deutschland nicht einfach kaltstellen könne. Jeder brauchte ein Beschönigungsmittel, weshalb gerade er auf diesem oder jenem Gebiete mit Deutschland arbeiten müsse, und der endgültige Erfolg der großen Konferenz war ein Schlag ins Wasser: Ein Berg hatte gekreißt und nicht einmal eine Maus war geboren worden.

Was erhofft denn der Vierverband vom Frieden?

Italien.

Italien hat unter dem Druck seiner Verbündeten an Deutschland den Krieg erklärt unter nichtigen Vorwänden; denn weder politische noch wirtschaftliche Gegensätze machten hier die Kriegserklärung notwendig. Die Lage der Halbinsel ist im Verlaufe des Krieges recht kritisch geworden. Der größte Teil ihrer Arbeiter ist brotlos, der früher sein Auskommen in Deutschland und Österreich fand und die verdienten Gelder in der Hauptsache nach Hause sandte. Die Fremdenindustrie Italiens, von der wir uns in Friedenszeiten nur allzu willig schröpfen ließen, ruht; unser Handelsverkehr mit Italien war längst eingestellt und es fehlen ihm die Kohlen, die die Kessel der Maschinen heizen sollen. Gewiß hat England in brüderlicher Weise seinen Alliierten Kohlen zur Verfügung gestellt, aber England selbst leidet unter einer solchen Frachtennot, daß die profitgierigen Exporteure heute etwa das Dreifache des Friedenspreises für nach Italien zu liefernde Kohlen verlangen. Der Preis für die Fracht London—Genua von 107,50 Lire pro Tonne ist längst überschritten, und man kann den Kohlenpreis mit 205 bis 210 Lire pro Tonne annehmen. Gießereikoks ist schon seit langem nicht mehr zu haben, obgleich 300 Lire pro Tonne und mehr geboten sind.

Dagegen ist mit einem Kapital von 1 Million Pfund eine englisch-italienische Bank gegründet worden! Man weiß allerdings nicht genau, ob diese Gründung nicht etwa mit der einfachen Registrierung der Gesellschaft in Somersethouse in London ihre Erledigung gefunden hat. Vorläufig wird man gut tun, bei der Beurteilung derartiger Dinge sich äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen, um so mehr, als das englische Aktienrecht bekanntlich jedem Schwindel Tür und Tor öffnet.

Als die italienische Regierung, irregeführt von der Presse der Entente, fortgerissen durch unverantwortliche

Schreier, an deren Spitze ein dunkler Ehrenmann wie D'Annunzio sich gestellt hatte, Österreich-Ungarn den Krieg erklärte, da glaubte man in Italien, es bedürfe nur dieser Kriegserklärung, um der strategischen Lage ein anderes Gepräge aufzudrücken. Die Zeit hat gelehrt, daß der Traum der ungerufenen „Erlöser" — Italien forderte etwa 8000 Quadratkilometer unerlösten Gebietes — vor der Wirklichkeit keinen Bestand hatte und daß selbst die wüstesten Redereien vor Granaten erfolglos blieben. Der Krieg hat Italien bisher die Blüte seiner Mannschaften gekostet, und wirtschaftliche Verluste ungeheurer Art kennzeichnen den Weg, den er gegangen ist. Längst hat man aufgehört, an Cadornas Stimmungsbilder zu glauben, und es ist nur zu erklärlich, wenn sich — zwar von der Regierung unterdrückt — in Italien mehr als in einem anderen Lande die Sehnsucht nach Frieden äußert, da man hier wenigstens vereinzelt gerechte Kritik an Englands Verhalten im Weltkriege zu üben versucht. Daraus und aus dem Gefühl des unerbittlichen Zwanges ist die seltsame Lage zu erklären, daß Italien solange keinen Krieg mit Deutschland wollte; daß es ihn dann doch erklärt hat, ist angesichts des immer größer gewordenen Abhängigkeitsverhältnisses zu England wohl zu verstehen.

Nach Angaben, die bis zum Frühjahr 1916 vorlagen, betrugen die Verluste Italiens über ¾ Million Mann, bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwa 37 Millionen Menschen. — Der Industrie geht es, wie schon erwähnt, sehr schlecht und die große Erhöhung der italienischen Verluste bis zur Gegenwart macht ihren Fortbestand nach dem Kriege sehr unsicher. Die ungeheure Zahl Toter bei den vielen erfolglosen Stürmen gegen die österreichischen Stellungen wird sich in der stärksten Weise fühlbar machen und einzelne Zweige von Industrie und Handel mehr oder weniger ausschalten. — Bereits heute liegt eine ganze

Reihe industrieller Betriebe still, und es sind Mengen von Arbeitern brotlos geworden, so kamen unter anderem Anfang des Jahres in Sizilien die Schwefelgruben zum Stillstand, da es an den notwendigen Kohlen fehlte. Durch den Ausfall dieser Betriebe wird allein über 100 000 Arbeitern der Lebensunterhalt entzogen.

Man mag über das alte deutsch-italienische Bündnis urteilen, wie man will; eins ist sicher, daß Italien Deutschland politisch und wirtschaftlich viel, sehr viel zu verdanken hat. Die welsche Untreue ist historisch, und dasselbe Italien, das noch 1870 auf dem Sprung stand, mit Napoleon III. gegen uns zu marschieren, wenn ihm der französische Kaiser dafür Rom als Entschädigung bewilligt hätte, bot 1877 Deutschland einen Vertrag gegen Frankreich an, und zwar ein Schutz- und Trutzbündnis. Es war nicht leicht, in diesem Bündnis Italien die richtige Stelle anzuweisen, weil die österreichisch-ungarische Monarchie in keinem Falle ausgeschlossen werden konnte. Österreich und Deutschland haben ihrer Bundestreue gegen Italien Opfer genug gebracht, und dieses hat Jahrzehnte hindurch nur Gutes von beiden Mächten erfahren. Zum Dank dafür brachte es die Regierung der Halbinsel über sich, unserem Bundesgenossen heimtückisch in den Rücken zu fallen, nachdem es ihn über ein halbes Jahr in hinterlistiger Weise hingehalten hatte, und schließlich auch uns den Fehdehandschuh hinzuwerfen.

Italiens Rechnung hat einen Fehler, unter dem es sehr schwer leiden wird: seine und Frankreichs Lebensbedingungen sind so grundverschieden, daß es geradezu wahnsinnig ist, wenn es in diesem Weltkriege auf seiten der Entente steht. Italien hält sein Schicksal schon längst nicht mehr selbst in der Hand, sein Fortkommen wird mehr von der Wohlfahrt der Zentralmächte als von der seiner Alliierten abhängig werden.

Seitens derjenigen, die — und zwar mit Recht — an die „unerlösten Gebiete“ nicht recht glauben wollten, ist vielfach versucht worden, eine psychologische Erklärung für das Eingreifen Italiens in den Krieg zu finden, und je mehr darüber in die Öffentlichkeit gedrungen ist, welche Summen verantwortlichen und unverantwortlichen Leuten gezahlt wurden, die für Italiens Haltung bestimmend waren, desto mehr drängt sich der Gedanke auf, daß Italien durch den Krieg mit einem Schlage seine Finanzen zu konsolidieren beabsichtigte, die seit dem libyschen Abenteuer arg ins Wanken gekommen waren. Man begann den Krieg mit der Ausgabe von ungedeckten Kassabons über 1 und 2 Lire, die einzulösen man bis jetzt noch nicht für notwendig findet. Alle Versuche Italiens, von seinen Verbündeten Gelder zu erlangen, sind mehr oder weniger fehlgeschlagen. Es hat lediglich in Amerika einen Kredit von 25 Millionen Dollar erhalten, nicht etwa in bar, sondern um damit Munition und Waffen zu bezahlen. Die Bedingungen für diesen Kredit waren sehr hart, er ist von einjähriger Dauer, und Zinsen wie Kapital sind in Dollars rückzahlbar.

Seitdem befindet sich Italiens Finanzminister ständig auf der Suche nach neuen Geldern. Die letzten Verhandlungen mit England über eine neue Anleihe sind deshalb gescheitert, weil dieses verlangte, daß ihm Italiens Zolleinnahmen verpfändet würden. Als besondere Eigentümlichkeit mag erwähnt werden, daß diese Bedingung nicht nur vor dem Volk, sondern auch vor dem Parlament Italiens geheimgehalten werden sollte. Da England von dem Standpunkte einer dinglichen Sicherheit nicht abgehen wollte (wahrscheinlich hatte es, wie bei Verhandlungen mit Rußland, vorgeschlagen, englische Zollbeamte nach Italien zu setzen), und der italienische Finanzminister Carcano sich plötzlich seiner alten Römerwürde erinnerte

und diese, allerdings schmähliche, Bedingung weit von sich wies, so kam der Kredit nicht zustande. Inzwischen sind aber trotzdem in italienische Zollämter englische Kontrollbeamte eingezogen, wie auch ein Teil der Bankwelt ihrer Obhut unterstellt und neuerdings das italienische Finanzministerium einige Engländer bei sich sieht, die, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, den gesamten Finanzbetrieb überwachen.

Für Italien bedeutete diese erwähnte Ablehnung eine harte Nuß, da seine Kriegskosten inzwischen auf monatlich 900 Millionen Lire angewachsen sind. Sie betrugen bis Ende 1915 etwa 6,5 Milliarden Lire, wovon 3,75 Milliarden eigentliche Kriegskosten und der Rest für Rüstungen während der Neutralität ausgegeben worden sind. Die bis Ende Juli 1916 entstandenen italienischen Kriegskosten sind auf mindestens 5 Milliarden zu veranschlagen.

Man wird es verstehen können, wenn das italienische Volk, das unter der ungeheuren Last des Krieges seufzt, den Frieden herbeisehnt. Die sozialistischen Blätter bringen dies auch offenkundig zum Ausdruck, und so sehr die Regierung versucht, mit vorübergehenden militärischen Erfolgen die Begeisterung der Masse wieder zu beleben, so wird sie doch damit keinen dauernden Erfolg haben können, denn die Lebensbedingungen in Italien sind außerordentlich schwierig geworden. Hieran trägt nicht zum mindesten die gesunkene Währung Schuld. Aus dem Innern Geld zu bekommen, ist beinahe unmöglich, und so hat sich die italienische Regierung gezwungen gesehen, die Lebensmittel mit einer Steuer von einem Prozent zu belegen.

Man muß sich immer und immer wieder die Frage vorlegen, was Italien vom Kriege erhofft hat. Es wird in den nächsten Jahrzehnten nicht in der Lage sein, seine

riesigen Verluste an Menschen wieder zu ersetzen, deren es bedarf, um seine Wirtschaft so zu stellen, daß ihr Räderwerk ordnungsmäßig geht. Es hat sich damit des wichtigsten Mittels beraubt, um in dem voraussichtlich scharfen Wirtschaftskampfe nach dem Kriege konkurrenzfähig zu sein.

Frankreich.

In Frankreich haben sich die Schreier des Revanchegedankens außerordentlich verrechnet, und zwar auf Kosten der Allgemeinheit. Beinahe seit Beginn des Krieges sind die französischen Industriezentren in unserem Besitz, und das wichtigste und unentbehrlichste Erzeugnis und gleichzeitig der unentbehrlichste Verbrauchsgegenstand der Industrie, die Kohle, ist sehr knapp geworden. Die Kohleneinfuhr, die in Friedenszeiten für etwa 20 Millionen Tonnen 100 Millionen Franken beansprucht hatte, verlangt heute allein an Frachtgeldern 1,340 Millionen Franken Transportkosten, und der Preis der Kohlen selbst ist von 43 Franken auf 140 Franken für die Tonne gestiegen. Dies vorweg genommen, dürfte es nicht schwer sein, sich ein Bild von der Lage des übrigen Wirtschaftslebens in Frankreich zu machen, dem ein außerordentlicher Waggonmangel solche Schläge versetzt, daß die Bahnen nur den vierten bis dritten Teil der Frachten bewältigen können, die ihnen aufgegeben werden. — Was helfen demgegenüber alle schönen Träume, denen man sich in der großen Konferenz in Paris hingab! Es ist sehr bezeichnend für die Veranlagung der Franzosen, in einem Schwall von Worten die Nöte des Augenblicks zu vergessen; aber damit hilft man der notleidenden Bevölkerung keinesfalls über den außerordentlichen Mangel an vielen Nahrungsmitteln und besonders an Fleisch hinweg, der sich sowohl in Paris als auch in der Provinz auf das empfindlichste fühlbar macht.

Die Handelsbilanz Frankreichs ist sehr passiv geworden.

Es standen im ersten Halbjahr 1916	8516 Mill. Fr. Einfuhr
	2573 Mill. Fr. Ausfuhr gegenüber,
so daß sich für das erste Halbjahr 1916 ein Fehlbetrag von	5943 Mill. Fr. ergibt.

Wenn das so weitergeht, so wird man im Jahre 1916 mit einem Fehlbetrag von mindestens 10 Milliarden Franken zu rechnen haben, dessen Folgen naturgemäß in einer weiteren Verschlechterung der französischen Valuta zutage treten und eine noch viel stärkere Erhöhung der Lebensmittelpreise nach sich ziehen müssen, als sie bisher zu verzeichnen gewesen ist.

Die ungeheuren Verluste an Menschen, die auch Frankreich erlitten hat — sie betrugen bis zum Frühjahr 1916 2,75 Millionen Mann, von denen über 800 000 Mann tot sein sollen, und haben durch die Kämpfe bei Verdun und an der Somme eine riesenhafte Vermehrung erfahren —, das für England andauernd die Kastanien aus dem Feuer holt, hatten sich bereits in ihren Wirkungen auf die Stärke der einzelnen Formationen ausgeprägt; auch ist bekannt, daß Frankreich schon Leute, die im 51. Jahre stehen, unter die Fahne gerufen hat, und daß sowohl Munitionsfabriken als auch landwirtschaftliche Kreise über einen außerordentlichen Mangel an Arbeitskräften klagen.

Wie man unter solchen Umständen überhaupt nur einen Augenblick an einen Wirtschaftskrieg mit Deutschland nach Eintritt des Friedens hat denken können, ist ein großes Rätsel. Frankreich wird aller Voraussicht nach mehr als genügend zu tun haben, um seinen eigenen Haushalt in Ordnung zu bringen. Es geht ihm in diesem Kriege wie so manch einem, der zu schieben sucht und selbst nur geschoben wird, und es ist bedauerlich, daß so viel Tapferkeit und Mut geopfert wird für Hirngespinste, deren

Richtigkeit eine Regierung von Advokaten und deren Günstlingen nicht einsehen will.

Soviel Schriften aus französischer Feder über die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland man auch lesen mag, es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß beide Länder recht gut miteinander auskommen könnten. Der Revanchegedanke, der in Frankreich immer wieder hervorgeholt wurde, hat doch vor den Augen des Geschichtschreibers überhaupt keinen Bestand. Denn die Theorie, der Rhein sei die natürliche Grenze Frankreichs, ist zu haltlos, als daß man ihr Wert beimessen könnte. Geschichtlich findet sie ihre einzige Begründung darin, daß Cäsar in seinen Schriften über den Gallischen Krieg angegeben hat, die Gallier hätten einstmals bis zum Rhein hin gewohnt. Die Franzosen selbst werden doch die Tatsache, daß im Jahre 1681 Ludwig XIV. mitten im Frieden Straßburg besetzte, nicht für hinreichend ansehen, um daraufhin Ansprüche auf das linke Rheinufer zu machen! Mit demselben Rechte könnte England verlangen, daß Kopenhagen über Nacht englisch würde. — Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik haben Deutschland und Frankreich sich gegenseitig das Leben nicht allzu schwer gemacht. Die Wissenschaft des einen Landes hat sich mit der des anderen sehr häufig ergänzt, und dieses Zusammenarbeiten ließ gute Früchte reifen. Handel und Industrie beider Länder hatten viele Wege gefunden, auf denen sie Hand in Hand gehen konnten.

Von einer Konkurrenz Frankreichs Deutschland gegenüber kann jedenfalls nach dem Kriege in den ersten Jahren überhaupt keine Rede sein. Das sollten sich die Leute sagen, die jetzt einen Wirtschaftskrieg gegen uns predigen und denen es bewußt sein muß, wie haltlos ihre Weissagungen sind. Denn Frankreich wird jahrelang arbeiten müssen, um seine zertrümmerte Industrie wieder aufzubauen, wenn die Kämpfe beendet sind. Und ist ihm dies

gelungen, dann bleibt ihm wahrscheinlich noch übrig, die Engländer aus Calais hinauszuwerfen, die sich dort vorläufig recht häuslich niedergelassen haben. — Ist hier Ordnung geschaffen, dann ist weiterhin genügend Gelegenheit zur Betätigung gegeben, und es gilt, die Frachtenräume zu ergänzen, unter deren Mangel Frankreich heute unendlich leidet.

Auch finanziell sieht es im Lande der Renten seit Beginn des Weltkrieges sehr böse aus. Die Riesensummen, die der lange Krieg erforderte, haben das Land außerordentlich belastet und geben traurige Aussichten für die Zukunft, um so mehr, als Frankreich England gegenüber eine Reihe von Garantien für russische Kredite eingegangen ist. Dazu kommt, daß die französischen Sparer seit Jahren dazu gedrängt wurden, ihre Gelder in russischen Anleihen anzulegen, deren Wert mehr und mehr zweifelhaft wurde. Alles in allem, ein ziemlich trauriges Bild der früher so glänzenden Finanzen dieses Landes.

Am schärfsten kommt dies in dem Ausweise der Bank von Frankreich zum Ausdruck, der Ende August 1916 folgende Angaben zeigt:

Gold in der Kasse	4 335 000 000	Franken,
Gold im Ausland	472 000 000	„
Barvorrat in Silber	339 326 000	„
Guthaben im Ausland . . .	667 000 000	„
Wechsel, vom Moratorium nicht betroffen	424 838 000	„
Gestundete Wechsel	1 418 600 000	„
Vorschüsse auf Wertpapiere . .	1 167 700 000	„
Kriegsvorschüsse an den Staat .	8 600 000 000	„
Vorschüsse an Verbündete . .	1 310 000 000	„
Notenumlauf	16 376 066 000	„
Guthaben des Staates . . .	158 500 000	„
Privatguthaben	2 240 300 000	„

Auffallend ist hierbei die hohe Summe der gestundeten Wechsel sowie die stark erhöhte Zahl der im Umlauf be-

findlichen Noten. Die Lage erfährt eine weitere Beleuchtung durch die Ausweise der Banken, bei denen vorweg ein Rückgang der Liquidität festzustellen ist; demgegenüber nimmt sich die Mehrbelastung der Konten mit den Bons der Nationalverteidigung recht eigenartig aus, ebenso die Abnahme der Depositengelder und der Kontokorrent-Kreditoren, welche die Bilanzen der führenden Banken Frankreichs kennzeichnet.

Dem New Yorker Platz gegenüber ist Frankreich in eine nie dagewesene Verschuldung geraten; man hat zwar alles versucht, um dem Rückgang der französischen Währung entgegenzuarbeiten, aber selbst die Hinübergabe der seit Jahrzehnten in Frankreich aufgespeicherten Bündel amerikanischer Werte, zu deren Herausgabe die Nation von der Regierung in der Presse mit den eindringlichsten Worten aufgefordert wurde, hat hieran kaum etwas zu ändern vermocht. Abgesehen von der gemeinsam mit England in Amerika aufgenommenen Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollar, bevorschußten amerikanische Banken Kriegslieferungen an Frankreich mit 400 Millionen Franken, und die Gesamtschuld Frankreichs an Amerika beläuft sich auf mehr als 2,5 Milliarden Franken. Es bewegen sich die Ausgaben Frankreichs für die Kriegführung wie folgt:

Der Kriegsvorschuß, den der Staat bei der Bank von Frankreich beanspruchte und dessen Höhe gesetzlich mit 9 Milliarden Franken begrenzt ist, betrug 1915 3,9 Milliarden; er erhöhte sich auf 7,4 Milliarden und hat durch die Begebung der letzten Kriegsanleihe in Frankreich einen Rückgang von 2½ Milliarden erfahren. Jedoch befindet sich seine Bahn in stetiger Aufwärtsbewegung, und augenblicklich verzeichnet die französische Staatsbank ein Guthaben von 8,5 Milliarden Franken. Übrigens wurden dem Gesetzentwurf für die erwähnte Anleihe recht interessante Ziffern beigefügt, die einen Überblick über die Ausgaben

der Nationalverteidigungsbons und Kriegsanleihe bis Ende 1915 darstellen:

	Franken	Franken
Insgesamt ausgegeben bzw. erneuert .	—	18 086 774 500
Zurückbezahlt	4 526 339 525	—
Erneuert	3 957 045 840	—
Umgetauscht gegen Nationalverteidigungs-Obligationen	372 129 755	—
Umgetauscht gegen 5 proz. Rententitel	2 268 341 110	11 128 856 230
Ende 1915 noch im Umlauf . . .		6 962 918 270

Infolge getroffener Abmachungen ist Frankreich zu ständigen Vorschüssen an verschiedene seiner Verbündeten verpflichtet. Seine Ausgaben für die Kriegführung von Januar bis September 1916 werden wesentlich höher sein als die für das gesamte Jahr 1915. Die voraussichtliche Höhe für 1916 wird nach sehr vorsichtiger Schätzung auf 31 Milliarden beziffert, die sich durch Zahlungen für Kriegszwecke auf 48½ Milliarden erhöhen, so daß die gesamten Ausgaben bisher mit über 63 Milliarden Franken zu berechnen sind.

Auch England gegenüber, auf dessen Kohlen die französische Industrie während des Krieges angewiesen war, ist der französische Finanzmarkt in ein um so größeres Abhängigkeitsverhältnis geraten, als dieses die Frachtennot Frankreichs in der schamlosesten Weise ausnutzte; dies ist denn auch der eigentliche Grund gewesen, weshalb Frankreich seinen Kapitalbedarf in Amerika zu decken suchte. — In große Aufregung wurde Mitte Juli die Pariser Börse versetzt, als in die Welt posaunt wurde, daß während des Krieges noch der im Frühjahr so häufig besprochene Tunnel von Calais nach Dover gebaut werden sollte. Obwohl nicht einzusehen ist, was Frankreich mit diesem Tunnel zu tun hat, da doch Calais seit Herbst 1914 von Engländern besetzt gehalten wird und das andere Ende des Tunnels, Dover, bekanntlich in England selbst liegt, veranstaltete

man eine vorübergehende Hausse für französische Industriewerte, um freilich nach allerkürzester Zeit feststellen zu müssen, daß die ganze Meldung erfunden war.

Rußland.

Es wäre nicht das Rußland, das den Begriff der „russischen Zustände“ prägte, wenn nicht wie ein roter Faden sich durch den ganzen Krieg Korruption und schamloser Lebensmittel- und sonstiger Wucher hindurchzögen! Und je weiter die Zeit vorschreitet, desto nackter tritt die Selbstsucht derjenigen Kreise hervor, welche die Verantwortung für den Krieg tragen. Es sind nicht nur die Leute aus dem Handel, die sich auf Kosten der Ärmsten bereichern, sondern man muß bis in die obersten Kreise des Reiches gehen, um die Letzten zu finden, die aus dem Krieg Reichtum und Vermögen zu schöpfen wissen.

Die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel, die zum Teil im vergangenen Herbst infolge mangelnder Ausfuhrmöglichkeit dem Verderben anheimgefallen waren, sind inzwischen um weitere 100 bis 200 Prozent gestiegen, und es macht sich besonders in den Städten eine ganz außerordentliche Not bemerkbar. Was nützt es, daß selbst höchste Persönlichkeiten bloßgestellt und eine Reihe angesehener Kaufleute verhaftet worden ist; an eine Besserung der wirtschaftlichen Zustände ist in Rußland heute und morgen ebensowenig zu denken, wie dies gestern und vorgestern der Fall gewesen ist.

Die ungeheuren Verluste Rußlands, das seine Soldaten durch Maschinengewehrfeuer in den Kampf treibt und die grausamste aller Kriegsarten erfand, indem es seine eigenen Truppen mit denen des Gegners zugleich mit Kartätschen und Granaten überschüttete, haben zu sehr empfindlichem Arbeitermangel geführt. So unglaublich dieser Satz angesichts des Menschenreichtums in Rußland klingt,

so muß man sich anderseits alle die riesigen Mengen der nur in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen vor Augen halten. Dazu kommen die von jeher gerügten schlechten Verkehrsverhältnisse, die einen Ausgleich innerhalb verschiedener Bevölkerungszonen einfach nicht zulassen. Zieht man ferner noch die Kriegslage in Betracht, das von uns besetzte Polen, das eins der größten und besten Industrieländer Rußlands ist, so vermag man sich ein Bild von den heutigen Verhältnissen Rußlands zu entwerfen.

Erläutert sei dies durch einige Ziffern. Die Unmöglichkeit der Getreideausfuhr machte im vergangenen Jahre in Sibirien 500 Millionen Pud Getreide unverkäuflich, da die Wasserwege vereist und die wenigen Eisenbahnen mit Militär so belastet wurden, daß jede Beförderung ausgeschlossen war. Zu jenen Zeiten betrug u. a. der Preis für ein Pud Hafer in Sibirien 5 Kopeken, und es kostete die gleiche Menge in Petersburg 3 Rubel, also das 60fache! — Die Schäden durch die kriegerischen Operationen in den besetzten Gebieten allein werden auf über 8 Milliarden Rubel veranschlagt.

Demgegenüber versichert die russische Regierung wieder und wieder, daß die Regierungsmaßnahmen, die sich mit dem Branntweinmonopol beschäftigen, die Zunahme des Volkswohlstandes gewährleisten. Dem ist entgegenzustellen, daß die Verschuldung der bäuerlichen Bevölkerung bei der Bauernbank andauernd zunimmt. Einer Schuld von 18,4 Millionen Rubel für 1913 sind für 1915 etwa 39,8 Millionen entgegenzustellen, und die Deßjatine Acker, die 1913 etwa 112 Rubel kostete, war im Jahre 1915 für 107 Rubel erhältlich.

Die Industrie Rußlands hat auch im Kriege stark gelitten, einerseits infolge des Menschenmangels, anderseits durch den Umstand, daß hier ebenso wie in Frankreich ein großes Industriegebiet von uns besetzt gehalten wird:

Polen, dessen Kohlenproduktion in Höhe von jährlich etwa 7 Millionen Tonnen unserer Wirtschaft dienstbar gemacht wurde.

Außerdem wird in Rußland sehr stark das Fehlen aller von der deutschen Industrie nach Rußland ausgeführten Gegenstände empfunden.

Demzufolge wird man es wohl nur als Redensart bezeichnen können, daß in verantwortlichen russischen Kreisen der Gedanke eines Wirtschaftskrieges mit Deutschland nach Friedensschluß ernsthaft erwogen werde, und man kann es verstehen, daß viele große Zeitungen Rußlands bei genauer Betrachtung der von der Pariser Konferenz gefaßten Beschlüsse sehr bald zur Ernüchterung kamen. Es ist für Rußland geradezu eine Unmöglichkeit, seine Wege allein zu gehen, und deshalb wird es nach dem Kriege die Handelsverträge mit Deutschland nicht ungünstiger abschließen können als mit seinen jetzigen Freunden, und es ist kaum anzunehmen, daß die Meistbegünstigungsklausel uns nicht zugestanden wird.

Es gibt wohl kaum ein besseres Zeichen dafür, wie schwach Rußland sich fühlt und wie wenig es in der Lage ist, sich auf sich selbst zu verlassen, als das 1916 geschlossene russisch-japanische Bündnis. Stellt es doch für Rußland zur Zeit die einzige Möglichkeit dar, Munition und Waffen, Kredit und Geld zu erlangen. Alles, was Reuter und Havas über das Bündnis in ihrem Sinne verbreiten, ist nicht ernst zu nehmen, denn die Nachteile, die Rußlands politischer Stellung erwachsen, springen zu sehr in die Augen; bisher war es jedenfalls noch für keinen Staat von Vorteil, wenn er seine Interessensphären mit einer anderen Macht teilen mußte. — Rußland hat nicht allein den Japanern große Rechte über Schiffahrt und Fischerei auf dem Sungarifluß überlassen, sondern ihnen auch freie Ansiedelung und Handelsfreiheit in Sibirien zugestanden;

außerdem geht bekanntlich die Eisenbahnstrecke zwischen Kwangschtengtse und der zweiten Station am Sungar an Japan über, und die klägliche Stellung Rußlands wird noch dadurch beleuchtet, daß aus diesem Vertrage Japan keinerlei Verpflichtungen auferlegt werden, neue Streitkräfte nach Europa zu senden, sondern ihm obliegt lediglich die Versorgung Rußlands mit Kriegsmaterial. Außerdem übernahm Japan eine russische Anleihe über 70 Millionen Yen, die mit 6 % verzinslich ist.

Rußlands Aussichten nach dem Kriege sind sehr trübe, falls es an seinem Bündnis mit den Alliierten festhalten will. Bereits heute sieht man in russischen Handelskreisen, die übrigens vielfach selbst durch den Krieg mit Deutschland überrascht wurden, die großen Fehler ein, die durch diesen hervorgerufen wurden, und wenn jene Kreise heute nicht in der Lage sind, sich durchzusetzen, so liegt es eben zum Teil an den Kriegsverhältnissen, zum Teil an besonderen, für Rußland in Frage kommenden Tatsachen. Jedenfalls dürfte Rußland dasjenige feindliche Land sein, mit dem unser Handel zu allererst einigermaßen geregelte Beziehungen erhalten wird, und vielleicht werden die Pariser Beschlüsse gerade insofern für ihre Urheber zum Spott, als eben ihre Erörterung die Unmöglichkeit ihrer Ausführung bewiesen hat. — Der Umstand jedoch, daß der beste russische Kohlenbezirk in unserer Hand ist, kann dazu beitragen, daß Rußland in bezug auf dieses unentbehrliche Erzeugnis in ein Abhängigkeitsverhältnis zu uns gerät, wie dies bei Frankreich der Fall sein kann. Insofern besteht zwischen beiden Ländern eine Ähnlichkeit, die es uns ermöglicht, allen Wirtschaftsfragen nach dem Kriege kalten Blutes gegenüberzustehen.

Für Rußland ist ein ständiger Geldbedarf außerordentlich bezeichnend, der selbstverständlich während des Krieges deshalb um so schärfer hervorgetreten ist, als man

nicht mehr schamhaft irgendwelche Bemäntelung hierfür zu suchen brauchte. Ein Blick auf den Stand der Russischen Staatsbank erklärt die Lage der russischen Finanzen. Anfang September 1916 wurden ausgewiesen:

Gold	1551,6	Millionen Rubel,
Silber und Scheidemünze	88,1	= =
Wechsel	418,6	= =
Forderungen gegen Wertpapiere . . .	447,4	= =
Forderungen gegen Waren	35,4	= =
Vorschüsse an kleine Banken usw. . .	64,2	= =
Vorschüsse an die Landwirtschaft . . .	19,4	= =
Vorschüsse an die Industrie	7,6	= =
Saldo der Verrechnung mit den Zweigstellen	4830	= =
Außerdem Gold im Auslande	2057,2	= =
Kurzfristige Schatzscheine	3993,1	= = *)

Demgegenüber steht an Verbindlichkeiten:

Notenumlauf	7021,5	Millionen Rubel,
Grundkapital	55,0	= =
Einlagen	17,6	= =
Laufende Rechnung der Staatskasse . .	202,6	= =
Forderungen von Privaten	1329,2	= =

Bemerkenswert, um nicht zu sagen unerhört, ist die Tatsache, daß der Betrag von 2057,2 Millionen Rubel Gold im Auslande als Aktivposten erscheint. Außerdem gibt die hohe Summe des Notenumlaufs zu außerordentlichen Bedenken Veranlassung, da sie in keiner Weise gedeckt ist.

In Rußland selbst herrscht seit Kriegsausbruch eine unglaubliche Zettelwirtschaft. Der große Mangel an Silber und Kupfermünzen hat Veranlassung gegeben zur Herstellung kleinster Geldscheine, die ungedeckt umlaufen und

*) Zur Zeit schuldet die Staatskasse der Bank etwa 4750 Millionen Rubel.

naturgemäß nur einen Prozentsatz der ihnen aufgedruckten Zahlkraft besitzen.

Wieweit die mißlichen russischen Finanzverhältnisse auf die strategische Lage von Einfluß waren, geht aus den Vorgängen in Wolhynien hervor. Um die Zeit, als man die russischen Truppen mit russischen Maschinengewehren und russischen Kanonen vor die feindlichen Schützengräben trieb, nachdem man ihnen mit den heiligsten Worten versichert hatte, daß die gegenüberstehenden österreichischen Truppen völlig entnervt wären, ging der russische Finanzminister in Amerika um eine Anleihe betteln. Die starke Übertreibung der angeblich gemachten österreichischen Gefangenen findet ihre natürliche Erklärung darin, daß man einen Sieg brauchte, um in New York vertrauenswürdig zu erscheinen, und daß man selbst vor schamlosen Übertreibungen nicht zurückschreckte, um damit bei den amerikanischen Banken Eindruck zu machen. Tatsächlich ist es gelungen, in Amerika 50 Millionen Dollar russischer Staatsanweisungen, in Schuldverschreibungen umwandelbar, unterzubringen, allerdings unter sehr demütigenden Bedingungen: 6½prozentige Schatzanweisungen, Kapital und Zinsen in Dollars tilgbar, und zwar ersteres innerhalb drei Jahren. Außerdem beträgt der Kurs 3 Rubel für den Dollar (bei einer Parität von 1,95 Rubel); zur Zeit des Abschlusses dieser Anleihe wurden in New York für 1 Rubel 31 Cents bezahlt. Übrigens gelangen die 50 Millionen nicht etwa zur Auszahlung, sondern sie werden zur Bezahlung der bereits nach Rußland gelieferten Kriegsrüstungsgegenstände verrechnet.

Es verdient auch an dieser Stelle vermerkt zu werden, daß man sich in Amerika nicht entblödete, von Rußland für eine Baranleihe 12 % Zinsen zu fordern! Zu ähnlichen Bedingungen hat wohl noch kein Staat Gelder aufnehmen müssen; aber wenn man, wie dies Herrn Bark möglich war,

in einem Budget statt der veranschlagten 60 Millionen Rubel einen Fehlbetrag von 566 Millionen herauswirtschaftet, so darf man sich nicht wundern, wenn Geld nur zu Bedingungen angeboten wird, die der Lage entsprechen. Rußland hat bisher an reinen Kriegskosten etwa 20 Milliarden Rubel verausgabt; und zahlt bis zum Ende dieses Jahres infolge des schlechten Rubelkurses allein an Zinsen für die ausländischen Anleihen 1½ Milliarden Rubel, das ist der ungefähre Durchschnittswert der gesamten Einfuhr von ausländischen Artikeln während der Jahre 1911 bis 1913. Allein bis Ende Juli 1916 beträgt die Mehraufwendung für Zahlungen an das Ausland infolge des niedrigen Rubelkurses 1 Milliarde Rubel, und bereits jetzt ist eine weitere Milliarde für den Zinsendienst erforderlich. Für das neue Budget ist der Voranschlag von fast einer Milliarde neuer Steuern in Aussicht genommen.

Neuerdings beschäftigt sich die Regierung wieder mit dem Plane einer neuen inländischen Anleihe, und zwar beabsichtigt man die Ausgabe von Stücken in 5, 10, 20 und 50 Rubel. Die Anleihe ist als Prämienanleihe gedacht, die monatlich mit einem höchsten Gewinn von 50 000 und einem kleinsten von 50 Rubel zur Auslosung gelangen soll. Außerdem soll sie eine feste Verzinsung von 5½ % erhalten.

Diese Maßnahme kann nur als ein äußerstes Mittel Rußlands bezeichnet werden, Geld um jeden Preis hereinzubekommen, denn schon hat man öffentlich erklären müssen, daß im Falle eines Mißerfolges dieser Anleihe eine Zwangsanleihe vorgesehen ist.

Es soll hier nicht vergessen bleiben, daß Rußland bereits im September 1915 dem Vierverband ein Ultimatum gestellt und trotz aller Abmachungen mit Friedensschluß gedroht hat, falls ihm nicht genügend Bargeld und Kredit zur Weiterführung des Krieges und zur Einlösung der

fälligen Zinsscheine sowie zur Bezahlung seiner bisherigen Kriegsbestellungen zur Verfügung gestellt werde. Eine darauf erfolgte Beratung zwischen Vertretern Rußlands, Frankreichs und Englands traf das Abkommen, daß die russischen Banken kurzfristige Wechsel auf London ziehen durften, um den dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen. Man wies Rußland seinerzeit auf den Weg der inneren Anleihe, die denn auch in Höhe von einer Milliarde mit zehnjähriger Tilgungsfrist zum Ausgabekurs von 95 % aufgelegt wurde. Die russischen Banken übernahmen seinerzeit 600 Millionen dieser 5½prozentigen Anleihe.

Bemerkenswert ist das unsolide Gebaren, das Rußland heute wie früher in seiner Finanzwirtschaft an den Tag legt, denn mit Ausnahme dieser letzten sind alle Anleihen kurzfristig.

Wie Rußland aus seinen Geldverlegenheiten herauskommen wird, ist fürs erste unklar. Große Einnahmequellen sind infolge des Krieges versiegt, und die Ausfuhr während des ersten Halbjahres 1915 zeigt einen Ausfall von über 1 Milliarde Rubel; nach dem Kriege wird besonders die Industrie wieder darauf angewiesen sein, sich nach Geldquellen im Auslande umzusehen, da sie in Rußland von jeher keine Befriedigung ihrer Bedürfnisse fand. Deshalb ist es verständlich, wenn die russischen Industriellen und russischen Handelskreise die Beschlüsse der Pariser Konferenz verwerfen und unverblümt zum Ausdruck bringen, daß sie nach dem Kriege mehr denn je auf gute Handelsbeziehungen mit Deutschland angewiesen sind. Allerdings werden wir alsdann als neuen Wettbewerber mit Amerika rechnen müssen, das im Begriffe ist, sich in Rußland heimisch zu machen und dessen größte Banken mit der Gründung von Filialen in St. Petersburg und Moskau beschäftigt sind.

Rumänien.

Unter dem zweiten römischen Adoptivkaiser Trajanus wurde das Gebiet der unteren Donau nach Unterwerfung der Dacier im Jahre 106 n. Chr. besetzt und durch Ansiedelung römischer Krieger die Voraussetzungen geschaffen, denen das Königreich Rumänien seinen Ursprung und Namen verdankt. Wir wissen, daß seit Ausbruch des Weltkrieges die Entente nichts unversucht ließ, dieses Land in ihre Netze zu ziehen; jedoch scheiterten alle Bemühungen an der Ehrenhaftigkeit und der Willensstärke des greisen Königs Carol, der aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen stammt und so gut wie möglich seinen Bündnispflichten gegen Österreich-Ungarn und Deutschland nachzukommen suchte. Man darf annehmen, daß ihm dies angesichts der mannigfaltigen geheimen politischen Strömungen in Rumänien nicht leicht geworden ist, und so ist es zu verstehen, daß die Auslegung des Bündnisvertrages seitens der rumänischen maßgebenden Politiker uns gegenüber nicht immer die weitherzige Behandlung erfahren hat, welche zu verlangen wir wohl berechtigt gewesen wären. Sein Neffe und Nachfolger, König Ferdinand I., der ihm am 10. Oktober 1914 auf den Thron folgte, hat nicht vermocht, die Politik seines Vorgängers in der gleichen gerechten Weise durchzusetzen, und schon kurz nach seinem Regierungsantritt zeigte sein Kabinett zum großen Teil den Zentralmächten gegenüber eine Haltung, die es diesen nur unter großer Mäßigung ermöglichte, dem Bündnisvertrag noch einigermaßen Geltung zu verschaffen.

Es ist bekannt geworden, daß die leitenden Minister, wenn auch nicht alle selbst, so doch ihre Verwandten, die Lage ausgenutzt und ihrer Profitgier im Wirtschaftsverkehr mit den Zentralmächten keine Grenzen gesetzt haben. Dabei ist die monatelange Festhaltung deutscher und österreichischer

Eisenbahnwaggons mit gekauftem und bereits bezahltem rumänischen Getreide nicht einmal das Allerschlimmste gewesen. Immer wieder hat es die Politik der Zentralmächte versucht, Ausgleiche zu finden, und ihre steten Bemühungen brachten noch im Mai d. J. ein neues Handelsbündnis mit Rumänien zustande, das die guten Beziehungen zwischen dem Donaukönigreich und den Zentralmächten zu gewährleisten schien. Jedoch es ist anders gekommen. König Ferdinand hat angenommen, das Wohl seiner 7,6 Millionen Einwohner liege auf der Seite der Slawen, und glaubte, die in Ungarn wohnenden etwa 3 Millionen Rumänen ebenso erlösen zu sollen, wie dies Italiens „Irredenta“ mit den Italienern in Österreich wollte.

Das Königreich Rumänien hat eine Größe von 139 690 Quadratkilometern, seine Staatsschuld betrug vor dem Kriege 1,640 Millionen Lei. Hierzu kommen die bewilligten Kredite, die Rumäniens mobilisierte Neutralität erfordert hat; unter andern ein außerordentlicher Kredit von 600 Millionen Lei, der am 25. August 1916 auf 800 Millionen erhöht wurde. Im Mai 1916 brachte die Regierung eine 5prozentige Anleihe zur Ausgabe, deren Ergebnis Zeichnungen von insgesamt 400 Millionen waren. Hiervon wurden 150 Millionen bar verlangt, während die restlichen 250 Millionen einstweilen noch nicht eingezogen wurden, sondern zur Verfügung der Regierung blieben. Außerdem besteht eine bei der rumänischen Nationalbank schwebende Schuld von 600 Millionen Lei.

Die rumänische Nationalbank erhielt kurz vor der Kriegserklärung ihrer Regierung die Ermächtigung, für 7,5 Millionen Lei Papiergeld zu 1 Lei und 8 Millionen zu 2 Lei auszugeben.

Bei der Betrachtung der rumänischen Finanzen ist zu berücksichtigen, daß Rumäniens Handelsbilanz während

der zweijährigen Kriegsdauer eine außerordentliche Kräftigung erfahren konnte und die rumänische Staatsbank ihren Goldbestand ganz bedeutend zu erhöhen in der Lage gewesen ist dank der bereits erwähnten Haltung Rumäniens den Zentralmächten gegenüber, die große Teile der gekauften Waren in Gold bezahlen mußten.

Die Geschichte des 1878 unabhängig gewordenen Königreichs Rumänien weist so starke Beziehungen zu den Zentralmächten und besonders zu Deutschland auf, daß allein die bestandenen Handelsverhältnisse den Treubruch Rumäniens verabscheuungswürdig machen. Gewiß ist für Rumäniens Anleihe auch Paris offen gewesen, aber erst zu einer Zeit, als Deutschlands Geld diesem Land, dessen Bevölkerung heute noch zu 75 % aus Analphabeten besteht, Kultur und Handel erschlossen hatte. Die Hauptindustrien, die der Salz- und Petroleumgewinnung, sind mit deutschem Gelde begründet, und in der Geschichte unserer Großbanken sowie verschiedener leitender industrieller Unternehmungen hat Rumänien eine recht erhebliche Rolle gespielt.

Dazu war Deutschland einer der besten Abnehmer von Rumäniens Überfluß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, und zwar nicht nur während des Krieges. Denn wenn auch während dieser Zeit der Wert der eingeführten Waren höher gewesen sein mag als in den letzten Friedensjahren, so war doch ihre Menge geringer. Das liegt zum Teil an den schon erwähnten harten Bedingungen, die es wünschenswert machten, die Einfuhr aus Rumänien nach Möglichkeit zu beschränken. In den letzten Friedensjahren 1912/13 betrug sie ungefähr 138 bzw. 79 Millionen Mark, und hiervon kommen auf Getreide für 1912 etwa 103 und im nachfolgenden Jahre etwa 42 Millionen Mark, an Öl und Benzin ungefähr 18 bzw. 20 Millionen Mark. Sind diese Ziffern auch nicht so hoch, daß sie für unsere Wirtschaft nennenswert in Frage kamen, so hatten sie ander-

seits für Rumäniens Ausfuhr doch immerhin höhere Bedeutung.

Das Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien ist bis in die letzten Monate hindurch korrekt gewesen, da seine Neutralität von Bulgarien durchaus geachtet worden ist. Die letzten wirtschaftlichen Verhandlungen hatten die Nachfrage Bulgariens nach Petroleum und Salz, sowie die Rumäniens nach Tabak zum Gegenstand gehabt; sie verliefen erfolglos, da Rumänien nur im Tauschgeschäftswege die Ausfuhr seiner Erzeugnisse gestatten wollte.

Die treulose Haltung Rumäniens ließ in Bulgarien alte Leidenschaften auflodern und den Haß lebendig werden, der 1913 mit Zähneknirschen der Besetzung altbulgarischer Gebiete durch Rumänien zusah. Schon sind die ersten rumänischen Festen gefallen, die Dobrudscha erobert und Konstanza genommen, und wenn nicht alles täuscht, so ist die Zeit nicht mehr fern, wo die vernünftigen und kriegsfeindlichen Elemente Rumäniens Rechenschaft fordern werden von ihren Vergewaltigern, deren Selbstsucht auch vor den ihnen anvertrauten Interessen nicht haltmachte.

England.

Die größte Härte, die uns der Krieg brachte, seine zugleich rechtwidrigste wie auch von uns früher wohl kaum geahnte Seite ist die Einklammerungspolitik der Alliierten, als deren geistiges Haupt England bezeichnet werden muß. In voller Erkenntnis des Umstandes, daß Deutschland von ihm auf dem Schlachtfelde nicht besiegt werden kann, ist es seit Ausbruch des Krieges darauf bedacht gewesen, uns jegliche Einfuhr abzuschneiden. Es befolgt in diesem Kriege also Deutschland gegenüber den gleichen Plan, den Napoleon I. ihm gegenüber hat anwenden wollen, als er die Kontinentalsperre verkündete. Wenn der große Korse

jenen Gedanken faßte, so ging er mit Recht von der Annahme aus, daß ein allerseits von Meer umgebenes Land ausgehungert werden könne, falls es gelänge, ihm die Zufuhr abzuschneiden. Diese Rechnung jedoch auf Deutschland zu übertragen, war von vornherein falsch, da dies in landwirtschaftlicher Beziehung einen großen Vorsprung vor England hat, dann aber auch sich mit Waffengewalt den Weg frei machen konnte, der ihm die Verbindung Lille—Bagdad geschaffen hat; sein gutes Schwert öffnete ihm die Pforten zum Orient.

Die Tatsache, daß Englands Blockadeversuch völkerrechtswidrig ist, soll hier nicht weiter besprochen werden, denn der Rechtsbruch und Englands Politik sind so eng verbunden, wie Licht und Schatten. Von jeher galt England alles erlaubt, was ihm zu nutzen schien, und alles verboten, was seinen Interessen zuwider war. Und daß es gerade Deutschland ist, das nach dem Worte des einstigen Ministers Palmerston zwar „mit den Wolken segeln und Luftschlösser bauen, nicht aber das Weltmeer durchfahren dürfe", dem England eine besondere Feindschaft angesagt hat, kann nicht weiter wundernehmen angesichts der Drohung Englands im Jahre 1848, „daß es die schwarz-rot-goldene Flagge, das Abzeichen der deutschen Flotte, als Seeräuberflagge behandeln wolle", da ihr völkerrechtliche Geltung fehle! Wir wissen heute, warum England uns den Krieg angesagt hat, warum es die ganze Welt gegen uns hetzt, warum es das größte Verbrechen, das je an Kultur und Zivilisation begangen wurde, auf sich ladet, indem es Farbige niedrigster Rasse gegen uns in den Kampf führt; wir wissen, warum England den Krieg gegen uns bis aufs Messer fortsetzen will: wir sind England zu groß geworden, und da es auf dem Gebiete der Wirtschaft uns nicht vom Weltmarkte vertreiben kann, weil wir ihm an Kraft und Spannungsfähigkeit überlegen sind, so

versucht es, den Gegner zu beseitigen, indem es ihm sein Haus anzündet und von der Erde zu vertilgen sucht.

Selbst der neutralste Beobachter wird zugeben müssen, daß die Furcht Englands berechtigt ist. Mit ständig wachsenden Fortschritten stand Deutschland dem Inselreich auf dem Weltmarkte gegenüber als Konkurrent, und seine seit 1870/71 in sich gefestigten Interessen hatten es zum schärfsten Mitbewerber auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht, daher die Einkreisungspolitik Eduards VII., als deren letzte Folge der Weltkrieg angesprochen werden muß.

Bisher ist der Krieg dem Vereinigten Königreich schlecht bekommen. Das kennzeichnet auf den ersten Blick eine Vergleichung der Handelsbilanzen.

Es betrug:

	Einfuhr	Ausfuhr
1912	744 640 000 Pfd. St.	598 961 000 Pfd. St.
1915	755 537 000 „ „	384 647 000 „ „
Bis Juni 1916 . .	1 420 787 000 „ „	241 807 000 „ „

Hieraus ergibt sich, daß die Ausfuhr im Jahre 1915 um über 4¼ Milliarden Mark hinter 1912 zurückgeblieben ist; anderseits ist aber zu berücksichtigen, daß in der Ziffer von 1912 die Einfuhrangaben derjenigen Waren nicht enthalten sind, die lediglich zum Zwecke der Wiederausfuhr englische Häfen angelaufen haben. Daß unter diesen Umständen der Sterlingkurs eine Entwertung erfahren mußte, ist selbstverständlich und im folgenden noch genauer zum Ausdruck gebracht. Bemerkenswert ist bei den Ausfuhrziffern, daß gerade diejenigen Erzeugnisse und Waren eine starke Abnahme erfahren haben, die als das Rückgrat der englischen Industrie anzusehen sind. So hat die Kohlenausfuhr einen außerordentlichen Rückgang aufzuweisen, auch der Export von Maschinen und Textilwaren hat sehr gelitten. Anderseits ist die Einfuhr von Weizen und Fleisch besonders groß geworden.

Mit der Umwandlung des englischen Söldnerheeres in ein „Volksheer" hat sich ein starker Arbeitermangel in England bemerkbar gemacht, unter dem Industrie und Handel sehr leiden. Bis zum Frühjahr 1916 fehlten allein in der Industrie über eine halbe Million Menschen, die an die Front geschickt worden waren. Der Umstand, daß mit den vorhandenen Kräften sehr sparsam gewirtschaftet werden mußte, führte zu einer starken Einschränkung des Verkehrs, so daß beispielsweise selbst größere Eisenbahnen nur die hauptsächlichen Zugverbindungen in gewohnter Weise aufrechterhalten konnten.

Im Londoner Gasthausbetriebe trat dieser Mangel an männlichen Arbeitern besonders stark hervor. Fehlten einerseits die Bedienten, die zum großen Teil aus Deutschen bestanden hatten, so war anderseits gar nicht daran zu denken, für die eingezogenen Leute Ersatz zu schaffen, und man schätzt den Verlust der zehn größten Hotelgesellschaften für das Jahre 1915 allein auf über eine Million Pfund Sterling.

Wie England den für seine Verhältnisse erschreckenden Verlust an Menschen wettmachen will, läßt sich heute noch nicht sagen. Bis Ende 1915 bezifferte er sich auf weit über ½ Million Verwundete und Tote; die Zahl der Gefallenen wird auf etwa 110 000 Mann angegeben. Dazu kommen die Riesenverlustziffern aus den Kämpfen des Sommers 1916.

Einen Abschnitt für sich bildet der Mangel an Schiffsraum innerhalb der englischen Handelsflotte. Hierauf dürfen wir Deutschen besonders stolz sein, da der größte Teil an diesem Ergebnis, das in all seinen Folgen erst nach dem Kriege völlig gewürdigt werden kann, unseren tapferen U-Bootleuten gebührt. In England herrscht eine Frachtennot so schlimm, wie man sie sich nie hat träumen lassen, und diese wird auch in den ersten Jahren nach dem Kriege nicht beseitigt werden können.

Die Verluste der britischen Handelsflotte während der ersten 16 Monate des Krieges betrugen 6 % des gesamten Wertes, das sind mehr als 2,7 Millionen Pfund Sterling nach englischen Schätzungen. Diese Ziffern dürften jedoch viel zu niedrig gegriffen sein, da ihnen die Schätzung Neutraler gegenübersteht, die den Wert der versenkten Schiffe auf 10 Millionen Pfund berechnen. Neuere Ziffern, die zum Teil amtlich sind, sprechen von einer Gesamteinbuße von 4¼ Millionen Tonnen.

Mit diesen Verlusten ist England an seiner empfindlichsten Stelle getroffen, und mehr als alles andere bedeutet dies eine Schädigung seiner wirtschaftspolitischen Stellung, die nicht mit Redensarten wieder gut zu machen ist, sondern nur mit eisernem Fleiß beseitigt werden kann. Rechnet man hierzu den deutschen Seesieg im Skagerrak, der beweist, daß Englands Seemacht einen ebenbürtigen Gegner gefunden hat, so kann man sich unschwer eine Meinung darüber bilden, wieviel Englands Anspruch auf Herrschaft über das Meer tatsächlich schon eingebüßt hat.

Englands Stellung als Weltmacht war erschüttert von dem Augenblick an, als es im Herbst 1915 die groß angelegte Dardanellen-Expedition aufgeben mußte und die Entente diese Unternehmung mit einem Verluste von etwa 306 000 Mann zu verbuchen hatte. Seine inneren Verhältnisse haben sich trotz aller schönen Reden der leitenden Minister sehr verschlechtert. Die wichtigsten Genußmittel, wie Tee, Zucker, Kaffee unterliegen einer ganz empfindlichen Versteuerung, und diese Verteuerung notwendiger und dem Engländer unentbehrlicher Gegenstände müßte das Volk sehr bald darüber aufklären, welcher Zukunft es entgegensieht. Die Steuererhöhungen sind sehr groß, und deshalb um so empfindlicher, weil der Engländer es nicht gewohnt war, hohe Steuern zu zahlen. Eine Zusammenstellung der letzten Erhöhungen ergibt folgendes Bild:

	Sollerträgnis in Millionen Pfd. St.
Steuer auf Einkommen (bis zu 5 sh das Pfund!)	43,5
Lustbarkeitssteuer	5
Fahrkartensteuer	3
Zuckersteuer $^1/_2$ d pro Pfund	7
Kakao $4^1/_2$ d pro Pfund . . . . } Kaffeezuschläge von 3 d pro Pfund . . . . . }	2
Zündhölzer 4 d pro 1000 Stück	2
Mineralwassersteuer	2
Automobilsteuer	0,8

Außer diesen Steuererhöhungen wurde im April d. J. die Kriegsgewinnsteuer von 50 auf 60 % des Gewinnes heraufgesetzt.

England, das den Militarismus Deutschlands ausrotten wollte, der angeblich dem Frieden Europas schädlich war, ist seit Ausbruch des Krieges mit jedem Tage militärischer geworden und seufzt heute unter den schweren Lasten, die ihm seine Armeen auferlegen. Daran ändern alle schönen Redensarten seiner führenden Männer kein Jota. Es hat in seiner frevelnden Verblendung einen Konkurrenten erschlagen wollen, um wirtschaftliche Ellbogenfreiheit zu haben, und erfährt nun an sich das Dichterwort vom Pfeil, der auf seinen Schützen zurückprallt.

Nach den schlechten Erfahrungen, die das Inselreich im ersten Kriegsjahre mit der Unterbringung seiner Anleihen gemacht hat, durfte man der weiteren Finanzierung der englischen Kriegsbedürfnisse mit großer Spannung entgegensehen. Man kann ruhig behaupten, daß die Budgetverhältnisse des englischen Staatshaushaltes durch den Krieg so auf den Kopf gestellt worden sind, wie noch niemals in der Finanzgeschichte Englands, wenn auch der wiederholte Zusammenbruch der Staatsbank in früheren Jahrhunderten immerhin einige Zerrüttungsmöglichkeiten ahnen ließ. Für das Jahre 1914/15 ergab sich ein Fehlbetrag von 334 Millionen Pfund Sterling, für das laufende Finanz-

jahr 1915/16 waren zunächst die Ausgaben mit 1133 Millionen Pfund Sterling veranschlagt worden, aber die Verhältnisse zwangen die Regierung, diesen Voranschlag auf 1590 Millionen Pfund zu erhöhen und im letzten Herbst die Differenz als Nachkredit in Vorschlag zu bringen. Demgegenüber konnten an Einnahmen nur 305 Millionen Pfund ausgewiesen werden, so daß das laufende Jahr unter Berücksichtigung des Defizits von 1914/15 einen Fehlbetrag von 1619 Millionen Pfund Sterling ergibt.

Bekanntlich hatte die erste 3½ %ige Kriegsanleihe aus dem Jahre 1914, die mit einer ungeheuren Reklame urbi et orbi angekündigt worden war, 350 Millionen Pfund Sterling erbracht, die, zum Kurse von 95 % begeben, einen tatsächlichen Erfolg von etwa 330 Millionen Pfund verzeichnete. Bereits die zweite Kriegsanleihe, die im Juli 1915 begeben wurde, erforderte einen Zinssatz von 4½ %; obwohl ihr Emissionskurs auf Pari festgesetzt war, stellte er sich tatsächlich infolge verschiedener Vergünstigungen, die den Zeichnern eingeräumt wurden, auf etwas über 98 %. Nie ist mehr Reklame für irgendein Unternehmen gemacht worden als für diese Anleihe; und doch erbrachten die gezeichneten 860 Millionen Pfund Sterling nicht einmal 600 Millionen Pfund Sterling Barzeichnung, da der Rest durch die Möglichkeit belegt wurde, Stücke der ersten 3½ %igen Kriegsanleihe und frühere englische Konsols hineinzugeben.

Von der im Herbst 1915 gemeinsam mit Frankreich in Amerika aufgenommenen großen Anleihe von 500 Millionen Dollar wurde der weitaus größte Teil zur Bezahlung für eigene oder Kriegsschulden der Alliierten gebraucht, und es ging für Englands Rechnung etwa die Hälfte dieser Summe, also 50 Millionen Pfund, ein. Die Schuld Englands beträgt bis heute etwa 2830 Millionen Pfund Sterling, wovon nur etwa 900 Millionen Pfund fundiert

sind. Es ist sonderbar, daß man in England selbst und auch im neutralen Auslande sich erst so spät über das unsolide Gebaren des englischen Finanzministers klar geworden ist, denn die schwebende Schuld von annähernd 2 Milliarden Pfund, die aus Schatzwechseln, Schatzscheinen und ähnlichen kurzfristigen Geldgeschäften besteht, trägt alle Zeichen einer inneren Zerrüttung an sich und kann nicht mehr als gesunde Finanzlage bezeichnet werden. Unter den heutigen Umständen ist überhaupt nicht daran zu denken, daß England in der Lage wäre, seine Schulden zu konsolidieren. Neuerdings erwägt man, da die amerikanischen Banken noch immer mit den früher übernommenen englisch-französischen Anleihetiteln hausieren gehen und das amerikanische Kapital ziemlich spröde ist, den Gedanken einer Losanleihe. McKenna befindet sich in einer Klemme, die sich nur noch mit derjenigen seines russischen Kollegen, des Herrn Bark, vergleichen läßt. Dazu kommt noch, daß England, wenn es überhaupt im Inlande eine neue Anleihe begeben will, sie nur zu sehr harten Bedingungen anbieten kann. Man hatte im Vereinigten Königreich nicht mit dieser langen Dauer des Krieges gerechnet, und Herr Asquith wird inzwischen längst eingesehen haben, daß seine silbernen Kugeln aus Glas bestanden und schon lange zerbrochen sind. Denn sonst würde die letzte im Inlande begebene, langfristige Anleihe kaum die Bedingung enthalten, daß keine spätere Anleihe günstiger gestellt werden soll als diese. Ob dies Versprechen eingelöst wird, bleibt abzuwarten. Denn die jüngste englische Anleihe, die in Form von dreijährigen Schatzscheinen begeben und mit sechs Prozent verzinst wird, deutet auf alles andere.

Nach der Aussage des englischen Finanzministers betragen die Kosten, die England tagtäglich für den Krieg zu zahlen hat, fünf Millionen Pfund, wovon täglich zwei Millionen Pfund durch Begebung von Schatzwechseln im

Auslande aufzubringen sind, deren Verzinsung 5½ % für solche mit dreimonatiger und 6 % für solche mit zwölfmonatiger Laufzeit beträgt.

Wenn auch, was vorweg genommen werden soll, den folgenden allzu beschönigenden Ausführungen des englischen Finanzministers Glauben nicht beizulegen ist, so seien doch seine Veranschlagungen über die zu verausgabenden Summen bis zum 31. März 1917 an dieser Stelle wiedergegeben; er rechnet mit einer gesamten Schuldenlast von 3440 Millionen Pfund, wovon 800 Millionen Pfund auf Vorschüsse an die Verbündeten und die Dominions entfallen, so daß eine Schuldenlast von 2640 Millionen Pfund übrig bleibt. Demgegenüber stellt er ein Einkommen in Höhe von 2700 Millionen Pfund und sagt, im Vergleich mit diesem Einkommen sei die Schuld nicht als unerträglich zu betrachten. Man muß den Herrn Kenna um diese Logik beneiden, denn abgesehen davon, daß diese Einkommenziffer nur Gültigkeit für Friedenszeiten hat, vergißt der Finanzminister dem Unterhaus mitzuteilen, daß Englands Handelsbeziehungen, die durch die deutschen Unterseeboote bis zu einem großen Teil recht zweifelhaft geworden sind, für die nächsten zehn Jahre nach dem Kriege ein derartiges Einkommen nicht mehr erwarten lassen. Rechnet man hierzu den durch die gleiche Tatsache bedingten niedrigen Sterlingkurs sowie die Schwächung des englischen Handels, die sich aus verschiedenen an anderer Stelle erwähnten Umständen ergibt, und ferner den Verlust seiner Stelle als Weltbankier, so muß man sich fragen, wo Herr Kenna den Mut hernimmt, derartige Behauptungen aufzustellen.

Diese durch die Kriegführung eingetretenen geldlichen Verhältnisse kennzeichnen die Stellung der englischen Bank, deren Spannkraft stark abgenommen hat. Am Geldmarkte gelangte die Versteifung des Geldes dadurch zum Ausdruck, daß die Sätze für tägliches Geld eine Höhe von über

6 % erreicht haben. Hand in Hand damit hat der Sterlingkurs in New York weiter abgenommen, und die Bank von London sah sich veranlaßt, um hierin etwas Besserung zu schaffen, Gold auszuführen. Erkennbar ist dies an den ständigen Verminderungen des Goldbestandes der Bank und der Verschlechterung der Deckung den Verbindlichkeiten gegenüber. Die Goldknappheit in England hat trotz der ständigen Goldeinführung aus Südafrika derart zugenommen, daß in der letzten Zeit mehrfach öffentlich auf eine gesetzliche Bestimmung hingewiesen wurde, die es jedermann verbietet, Goldmünzen zu schmelzen oder sonstwie zu verarbeiten. Auch müssen Frankreich und Rußland neuerdings wieder ihrer Verpflichtung nachkommen, mit Gold aus ihren Nationalbanken der Bank von England zu Hilfe zu eilen, da Britannien das gelbe Metall zur Ausfuhr dringend gebraucht. Bei Besprechung der Finanzlage Englands ist noch ein weiterer Umstand von Bedeutung. Bekanntlich hatte die britische Regierung in der schärfsten Weise jeglichen Handel mit Deutschland verboten. Sie war zunächst dazu übergegangen, ganz willkürlich die Begriffe von effektiver oder relativer Bannware zu verwischen. Hatte sie hierdurch zunächst die neutrale Schiffahrt in arge Bedrängnis gesetzt, so entblödete sie sich später nicht, die gesamte überseeische Post, auch aus neutralen Häfen an ebensolche einer scharfen Zensur zu unterwerfen. Sie benutzte diese rechtswidrigerweise gewonnenen Kenntnisse zur Aufstellung Schwarzer Listen, auf denen alle Firmen und Personen verzeichnet wurden, die irgendwie im Verdacht standen, mit den Mittelmächten, besonders mit Deutschland, mittelbar oder unmittelbar Handelsbeziehungen zu unterhalten. Das „neutrale" Amerika mußte erst von den dort ansässigen deutschfreundlichen Kreisen darauf hingewiesen werden, welche Gefahr ihm von dieser Art englischer kaufmännischer Gepflogenheiten erwachsen würde, und es ist dieserhalb

zwischen den Kabinetten von Washington und London zu einem Notenwechsel gekommen, dessen Ergebnis jedoch in der von Amerika beabsichtigten Weise ein Schlag auf Wasser bleiben wird.

Was man von englischen Handelsgepflogenheiten zu halten hat, erhellt am besten aus der Art, wie man in England mit dem Privatvermögen Deutscher umging. Nach Mitteilung der Londoner Filiale einer deutschen Großbank wurden mit Wirkung vom 31. August 1916 die gesamten Guthaben und Wertpapiere von Angehörigen der mit England im Krieg befindlichen Mächte auf die Public Trustee übertragen. Wir in Deutschland bezeichnen ein derartiges Verfahren mit Diebstahl, und man wird sich diese Art, wie England über Treu und Glauben denkt, wie es anerkanntes Völkerrecht mit Füßen tritt, auch für die Zeit nach dem Kriege merken müssen. Dem Verhalten der englischen Regierung schließen sich übrigens die englischen Versicherungsgesellschaften würdig an, die ihrerseits neuerdings versuchen, sich den Zahlungsverpflichtungen auch an neutrale Firmen zu entziehen.

Deutschland.

Wie im ersten Kriegsjahre, so kann das Deutsche Reich auch im zweiten Kriegsjahre mit Stolz auf seine Geldwirtschaft zurückblicken. Während die Notenbanken des uns feindlichen Auslandes durchweg zum Verzettelungssystem übergehen mußten, um sich Kredite zu verschaffen, für die eine Deckung fehlte, konnte die Reichsbank ihre Politik der Vorsicht und Besonnenheit weiter fortsetzen. Abgesehen von vorübergehenden Versteifungen an den Vierteljahrsabschnitten war der Geldstand durchweg flüssig, so daß der Zinssatz von 5 %, der am 23. Dezember 1914 festgestellt worden war, beibehalten werden konnte. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß, abgesehen von der Kriegsfinanzierung,

keinerlei Geldbedürfnisse im Inlande gewesen wären. Die von uns eroberten Gebiete sowie der begonnene Wiederaufbau Ostpreußens stellten an unsere Zentral-Noteninstitute bedeutende Ansprüche, die man mit 1½ Milliarden Mark wohl nicht zu niedrig einschätzt. Aber auch diesen Schwierigkeiten wurde die Reichsbank in gewohnter Weise gerecht, wenn naturgemäß auch der Notenumlauf eine Steigerung erfuhr. Daß im angenehmen Gegensatz zu den Notenbanken feindlicher Länder die gesetzliche Deckung für unser Papiergeld stets vorhanden blieb, verdient besonders betont zu werden.

Die Darlehnskassen arbeiten befriedigend und ohne allzu große Inanspruchnahme des Privatpublikums zum Zwecke der Zeichnung von Kriegsanleihen. Eine ganz besondere Erscheinung macht sich bei den deutschen Sparkassen und Banken bemerkbar. Es sammeln sich hier außerordentlich große Guthaben an, deren Entstehung durch den Umstand bedingt ist, daß einerseits die Belegungsmöglichkeit des Kapitals für industrielle Zwecke ziemlich gering, andererseits aber ein Abfluß in das Ausland zur Zeit unmöglich ist. Hiermit sind die Vorbedingungen für gesunde Verhältnisse gegeben, die ihren Ausdruck in der Beteiligung weitester Kreise an der dritten und vierten Kriegsanleihe fand.

Die beigefügte Tabelle spricht für sich selbst; es sei hier nur erwähnt, daß die Einzahlungen durchweg viel schneller erfolgten, als ursprünglich festgesetzt und verlangt war. Ein Vergleich der Ziffern, besonders der geringeren Zeichnungsbeträge, ergibt die starke Beteiligung auch der kleinen Sparer an der Kriegsanleihe, die mehr als alles andere das Vertrauen des Volkes auf sich selbst und auf seine Zukunft zum Ausdruck bringt.

Die nach Möglichkeit ausgedehnte Einfuhr von Nahrungs- und Lebensmitteln bewirkte ein Fallen der deutschen Valuta, ein Umstand, der von unseren Feinden bei jeder

Zeichnungen Mark	I. Anleihe (September 1914)		II. Anleihe (März 1915)		III. Anleihe (September 1915)		IV. Anleihe (März 1916)		V. Anleihe (Oktober 1916)	
	Zahl der Zeichnungen	Betrag in Millionen Mark	Zahl der Zeichnungen	Betrag in Millionen Mark	Zahl der Zeichnungen	Betrag in Millionen Mark	Zahl der Zeichnungen	Betrag in Millionen Mark	Zahl der Zeichnungen	Betrag in Millionen Mark
bis 200 . .	231 112	36	452 113	71	984 358	130	2 406 118	201	1 794 084	154
„ 500 . .	241 804	111	518 470	254	858 259	369	967 929	407	681 027	293
„ 1 000 . .	453 143 (1 000 und 2 000)	587 (1 000 und 2 000)	660 776	604	918 595	844	885 941	794	605 494	552
„ 2 000 . .			418 861	733	530 176	928	468 724	792	301 863	520
„ 5 000 . .	157 591	579	361 459	1354	422 626	1 563	347 725	1 247	245 873	911
„ 10 000 . .	56 438	450	130 903	1057	147 593	1 202	113 927	907	93 189	768
„ 20 000 . .	19 313	307	46 105	745	53 445	858	42 158	666	40 571	651
„ 50 000 . .	11 584	410	26 407	926	32 840	1 167	30 361	980	28 500	982
„ 100 000 . .	3 629	315	7 742	648	10 090	850	9 100	734	9 748	810
„ 500 000 . .	2 050	509	4 361	1066	7 074	1 766	6 308	1 531	7 870	1 710
„ 1 000 000 . .	361	287	538	440	832	695	780	641	1 032	853
über 1 000 000 . .	210	869	325	1162	530	1 729	574	1 812	725	2 448
Insgesamt . .	1 177 235	4460	2 691 060	9060	3 966 418	12 101	5 279 645	10 712	3 809 976	10 652

Gelegenheit zur Beweisführung dafür herangezogen wurde, daß der deutsche Kredit erschüttert sei. Gewiß ist die Markwährung gesunken, aber das bedeutet für uns lange nicht so viel wie die Entwertung von Rubel, Franc und Lira. Denn das Streben unserer Reichsbank, nach Möglichkeit den Goldbestand zu schonen, ist zu anerkennenswert und richtig, als daß wir um den Triumph einer höheren Markwährung in nicht dringend notwendigen Fällen Gold ausführen dürften. Anderseits aber sind die Summen, für die der niedrige Markkurs in Frage kommt, im Verhältnis zu denen, womit die uns feindlichen Länder zu rechnen haben, so gering, daß hier Vergleiche überhaupt nicht gezogen werden dürfen.

Einige Schuld an dem Rückgang der Markwährung trägt aber der deutsche Handel, der im Auslande jeden Preis und jede Kaufbedingung guthieß, und man kann es mit Genugtuung feststellen, daß hier in letzter Zeit durch Maßnahmen der Regierung eine Besserung erfolgt ist, soweit die Valuta für Warenhandel in Frage kommt. Auch hatte die Gesetzgebung eingegriffen durch Bundesratsverordnung vom 20. Januar 1916, die eine Kontrolle des Devisenhandels anordnete. Ob die Monopolisierung des Devisenhandels zugunsten einiger Institute richtig war, mag dahingestellt bleiben, Besserung hat sie jedenfalls geschaffen; eine weitere Aufwärtsbewegung dürfte übrigens eintreten, wenn die Ausführungen der angezogenen Verordnungen weniger schematisiert, sondern unter Berücksichtigung des einzelnen Falles durch eine hierzu geschaffene Stelle vorgenommen würden, die dann erst wirklich in der Lage wäre, eine durchgreifende Überwachung auszuüben.

Es ist anzunehmen, daß sich alsdann die Beschaffung bestimmter Artikel zu niedrigeren Umrechnungssätzen als gegenwärtige erzwingen lassen würde im Aus-

gleichswege für Artikel, die das Ausland nur von uns beziehen kann; bei einzelnen Industrien, in denen das Ausland auf uns angewiesen ist, sind auch bereits vor dem Kriege bestimmte Abmachungen getroffen worden.

Wie der Krieg manches verändert hat, so scheint auch die alte Lehre von Angebot und Nachfrage in bezug auf Währung nur noch bedingt richtig zu sein. Hier entscheidet weit mehr der freie Wille der Bewertung der Valuta für Waren, die nur bei uns erhältlich sind oder für deren Erzeugung Deutschland besonders veranlagt ist. — Diese Frage verdient eine ganz erhöhte Aufmerksamkeit, da die gesunkene Markvaluta, wie schon erwähnt, immer wieder von unseren Feinden ausgenutzt wird und wir auch volkswirtschaftliche Nachteile dadurch erleiden. — Für die Zeit nach dem Kriege brauchen wir aber in dieser Hinsicht weniger Fürsorge zu treffen, denn die vielen Klagen um Gegenstände des täglichen Gebrauches, für die das Ausland Käufer sein wird, wenn man den Ausführungen in der neutralen Presse über das Fehlen solcher Dinge Glauben schenken will, werden allein eine angemessene Bewertung unseres Geldes herbeiführen.

Von einschneidendster Bedeutung für die in Form juristischer Personen betriebenen kapitalistischen Vereinigungen war die Kriegsgewinnsteuer, die die Erwerbsgesellschaften verpflichtete, die Hälfte ihres über dem durchschnittlichen Friedensertrag hinaus im Kriege erzielten Mehrgewinns zurückzustellen. Wie der Schatzsekretär im Reichstage ausgeführt hat, wird eine erhebliche Steigerung der Reichseinnahmen auch nach dem Kriege unbedingt notwendig werden. Soll unsere Industrie leistungsfähig bleiben, so wird man aber gerade ihr gegenüber einige Vorsicht walten lassen müssen. Eine zu starke Besteuerung des Kapitals könnte sehr leicht Veranlassung zum Sinken der Unternehmungslust geben, die unsere Industrie so stark gemacht

hat, daß sie, abgeschlossen von aller Welt, in der Lage war, Deutschlands Heere und die seiner Verbündeten mit Waffen und Munition zu versorgen.

In weiser Voraussicht ist bereits heute dafür gesorgt worden, daß Industrie und Handel einen Übergang aus der Kriegszeit zur Friedenszeit finden, soweit das überhaupt jetzt schon möglich ist. Auf diesem Gebiete wird es noch angestrengtester Arbeit bedürfen, denn dieser Übergang kann aus vielen Gründen nicht so schnell vonstatten gehen, wie der von Friedens- zu Kriegsarbeiten. Wir werden mit gänzlich veränderten Umständen rechnen müssen, und wie auch der Friedensschluß sich finanziell gestalten wird, ob günstig oder ungünstig, Industrie und Handel haben mit völlig veränderten Faktoren zu rechnen. Viele von denen, die als Arbeiter oder Gehilfen tätig waren, kehren zur Stätte ihres früheren Wirkens nicht zurück; die geringere Valutabewertung sowie der Mangel an Rohstoffen werden zunächst die Bedingungen verändern, unter denen die Industrie zu arbeiten hat, aber man wird gut tun, auch hier die Dinge nur verhältnisweise zu nehmen, denn für Handel und Industrie kommt es nicht so sehr darauf an, daß wir günstige Produktionsverhältnisse haben, als darauf, daß wir nicht unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten als unsere Mitbewerber auf den internationalen Märkten. Als bestes Zeichen dafür, daß man unsere Konkurrenz nach dem Kriege ebenso zu fürchten scheint wie vor ihm, müssen die vielfachen vergeblichen Bemühungen unserer Feinde angesehen werden, uns nach dem Kriege wirtschaftlich auszuschalten.

Mehr als einmal hat sich nun während des Krieges die Meinung geltend gemacht, daß auch die deutsche Diplomatie im Auslande stärker als bisher den Interessen unseres Handels und unserer Industrie dienstbar gemacht werden müsse.

Als im August 1914 die ganze Welt gegen uns aufstand und als es dann später den Bemühungen der Entente gelang, auch noch Italien in ihr Gefolge zu zwingen, entstand die häufig gehörte Redensart von der „Tüchtigkeit der englischen Diplomatie“. Trifft denn das aber zu, daß die englischen Diplomaten so viel mehr Geschäftsgewandtheit, Klugheit und Umsicht an den Tag gelegt hätten als die Vertreter Deutschlands? — Wenn man Hinterlist und Lüge, Niedertracht und Unehrlichkeit „diplomatische Tüchtigkeit“ nennen darf, dann allerdings ist die Haltung, besonders der englischen und auch anderer Diplomaten mit diesem Satze zu decken.

Zugegeben muß allerdings werden, daß der Geschäftskreis unserer Diplomaten nach dem Kriege insofern einer Erweiterung bedarf, als man ihnen für die Folge wohl Attachés oder Sekretäre zuteilen muß, die besser als die aus der Verwaltungslaufbahn oder der Offizierskarriere stammenden die Bedürfnisse eines Industrie- und Handelsstaates vom Range Deutschlands zu übersehen vermögen. In dieser Hinsicht sind die englischen und auch andere Kollegen unseren diplomatischen Vertretern im Ausland tatsächlich überlegen gewesen, und hier ist Abhilfe dringend notwendig, wollen wir uns den alten Platz am Weltmarkt wiedererobern.

Von dem, was sonst häufig an unserer Wirtschaftsorganisation bemängelt wird, ist vieles zurückzuweisen. Wer hat den Wirtschaftskrieg überhaupt vorausgesehen! Es gibt kein Lehrbuch, weder in deutscher noch in irgendeiner anderen Sprache, in dem die Grundzüge einer solchen Wirtschaft auch nur angedeutet wären, wie wir sie jetzt führen. Als eine wissenschaftliche Aufklärung in denjenigen Aufgaben begann, die zur Zertrümmerung des Feudalsystems in Frankreich geführt hatten, Ludwig XVI. den Kopf kosteten und den Korsen gebaren, da schrieb Jo-

hann Gottlieb Fichte seine Ansichten über den geschlossenen Handelsstaat. Er selbst erläutert den Titel: „Den juridischen Staat bildet eine geschlossene Menge von Menschen, die unter denselben Gesetzen und derselben höchsten zwingenden Gewalt stehen. Diese Menge von Menschen soll nun auf gegenseitigen Handel und Gewerbe unter- und füreinander eingeschränkt und jeder, der nicht unter der gleichen Gesetzgebung und zwingenden Gewalt steht, vom Anteil an jenem Verkehr ausgeschlossen werden. Sie würden dann einen Handelsstaat, und zwar einen geschlossenen Handelsstaat bilden, wie sie jetzt den geschlossenen juridischen Staat bilden.“

Hätte man die Möglichkeit einer solchen Nation, die in ihren Daseinsbedingungen nur auf sich allein angewiesen ist, vor Ausbruch des Krieges erörtert, man wäre unfehlbar als unheilbarer Idealist verlästert worden, dem lediglich der Glaube an die Internationale fehlte, um Sozialist zu sein; und doch stecken wir heute mitten im Sozialismus.

Ebensowenig wie man noch im Frühjahr 1914 der Regierung oder den Rechtsstehenden oder auch linksstehenden bürgerlichen Parteien zumuten konnte, die Fahne der roten Internationale zu ergreifen, ebensowenig darf man den Regierenden oder Lehrern der Volkswirtschaft einen Vorwurf daraus machen, daß ihnen Begriff und Ahnung von Zeiten fremd waren, wie wir sie wirtschaftlich jetzt durchkämpfen.

Wenn Deutschland heute Sozialpolitik treibt, so geschieht das im Zwange der eisernen Notwendigkeit, getragen vom Gedanken der Selbsterhaltung und von der Absicht, in einem schweren Kriege auch die wirtschaftlichen Kräfte mobil zu machen und dadurch die Zukunft des Volkes nach dem Kriege sicherzustellen. Mit dem Kommunismus, der den Idealisten der Politik als ein der Menschheit gestecktes Ziel vorschwebt, hat das nichts zu tun. Der Kom-

munismus, der praktisch in der Beschlagnahme und Verteilung von Getreide, Butter, Fett, Textilwaren usw. zum Ausdruck kommt und deren Anordnung durch den Bundesrat auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 erfolgt, ist nur unter ganz besonderen Umständen denkbar und möglich, nämlich dann, wenn das Streben jedes einzelnen dem Interesse der Allgemeinheit dienen will. Ein solcher Altruismus ist jedoch für gewöhnlich undenkbar und unlogisch, da die individuelle Neigung des Menschen nie danach gefragt hat oder danach fragen wird, ob die Existenz oder die Neigung anderer fremder Menschen nicht dadurch eingeschränkt wird, daß der eine mehr als der andere verzehrt oder verbraucht. Denn das Wohlergehen Dritter wird natürlich durch die Sucht des einzelnen in Frage gestellt, der infolge seiner natürlichen Veranlagung in stärkerem Maße Güter oder Erzeugnisse verbraucht, als dies der angenommene Verteilungsplan vorgesehen hat und bestimmen konnte. Der Eigennutz des einzelnen gefährdet daher nicht nur den Kommunismus, sondern macht ihn schon deshalb unmöglich, weil derjenige, der die ihm zugewiesenen Güter nicht aufzubrauchen vermag, naturgemäß nicht daran denken wird, das Erübrigte anderen, ihm Fremden, unentgeltlich zu überlassen. Es würde daher schon in kurzer Zeit eine Kapitalansammlung bei solchen stattfinden, die ihre Gütelersparnisse bei anderen hatten verwerten können, deren Neigung auf stärkeren Verbrauch gerichtet ist, und gerade diese würden daher, ebenfalls aus Selbstsucht, jede gemeinsame Wirtschaft in Frage stellen. Ob die Bereicherung der Sparenden nun in barem Gelde oder in Ansprüchen auf solches oder auf Güter oder auch auf Dienstleistungen seitens derjenigen zu erfolgen hätte, deren Bedarf größer ist als der ihrige, bleibt gleichgültig.

Es wäre sehr falsch, wollten politisch linksstehende Idealisten aus dem großen Triumphe des sozialen Ge-

dankens für die Zukunft Erfolge vorhersagen. Die eiserne Zeit schafft eiserne Notwendigkeiten; sie gab jedem seinen Teil Brot und seinen Teil Kartoffeln, ohne danach zu fragen, ab der eine etwa mehr esse als der andere. Das ist eben der gewaltige Unterschied zwischen dem Sozialismus der Kriegszeit und dem Sozialismus der Idealisten, daß dort die Bedürfnisfrage nicht berührt wird und nicht berührt werden kann; der Riese bekommt die gleiche Menge Brot, Fleisch und Kartoffeln usw. wie der Zwerg, und das Kind ebensoviel wie der Mann; lediglich bei schwer Arbeitenden wird aus naheliegenden Gründen eine Ausnahme gemacht. Hier aber würde man sich am dritten Tage bereits um das Brot schlagen, oder aber es fände von dem gleichen Augenblick an die vorhin erwähnte Vermögensverschiebung statt.

Ebensowenig wie man überhaupt an den politischen Krieg in seiner jetzigen Gestalt noch im Frühjahr des Jahres 1914 dachte, ebensowenig war die jetzt erfolgte Abschließung der Mittelmächte von der See vorauszusehen. Und deshalb wäre jeder Vorwurf vergebens. Wie auf dem Gebiete der strategischen Kriegsform, so hat auch die Zeit auf dem Wirtschaftsgebiete große Änderungen hervorgerufen und viele frühere Ansichten von Grund aus erschüttert. Aber das Gebäude des Reiches und seiner Wirtschaft ist ein zu festes gewesen, als daß es hierdurch ins Schwanken geraten wäre. Dank der Fürsorge seiner Regierung und der Einsicht seiner Volksvertreter war die Landwirtschaft auf eine Höhe gelangt, die es ihr ermöglichte, tatsächlich die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die Zeiten, wo die Kämpfe wegen der Zollpolitik von den verschiedensten Parteien ausgefochten wurden, liegen glücklicherweise ziemlich weit hinter uns; im Grunde kam ihnen die Bedeutung nicht zu, die man ihnen beilegte und die von jeher, besonders auch in

England, das Land in zwei Richtungen gespalten hat. Wir haben während des Krieges einsehen gelernt, wie wichtig uns unsere Landwirtschaft ist, und die Zeiten können als überwunden betrachtet werden, in denen sich das ganze Interesse der städtischen Bevölkerung für Landwirtschaft nur dadurch betätigte, daß sich die Familien Sonntags oder Feiertags mit Kind und Kegel auf die Dörfer ergossen. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß der Abzug der Landbevölkerung in die Großstädte, wie er in den letzten Jahrzehnten in die Erscheinung trat, zurückgehalten wird. Tausende und aber Tausende gesunde und kräftige Menschen entflohen dem Lande, Männer und auch besonders Frauen, weil sie das Erwerbsleben in der Stadt für bequemer, genußreicher und gewinnbringender hielten. Kann sich auch Deutschland glücklicherweise rühmen, weniger als irgendein anderes Land Analphabeten zu besitzen, so muß doch anderseits die Zahl der auf den ersten Klienten wartenden Anwälte, die auf Anstellung in kaufmännischen Betrieben harrende Menge von jungen Leuten sowie das Anschwellen von solchen Handelsschulen, welche in „garantiert" sechs oder acht Wochen einem jungen Mädchen alle Kenntnisse der Kontorpraxis und eine gutbezahlte Stellung verschaffen wollen, zu ernsten Besorgnissen Veranlassung geben. Ein Inserat in einer Großstadt, beispielsweise in Berlin, in dem ein Maschinenschreiber oder eine Kontoristin gesucht wird, ergibt als Resultat im Durchschnitt fünf bis sechs Dutzend Bewerbungsschreiben. Man wird dafür Sorge tragen müssen, daß viele, viele Kräfte auf dem Dorfe bleiben und sich dort redlich nähren; die Arbeit ist gesund in doppelter Hinsicht: Geist und Seele bleiben in der Landluft frisch, und der Körper bietet Gewähr für einen kräftigen Nachwuchs, dessen nach dem Kriege jedes Land, auch Deutschland, bedarf.

Das Hauptgewicht wurde im Jahre 1915/16 auf die

Ausnutzung eines jeden Fleckchens Erde gelegt, um hierdurch die Getreideerzeugung auf das höchstmögliche Maß zu steigern. Für den ungünstigen Ausfall der Ernte ist natürlich die Landwirtschaft nicht verantwortlich zu machen, um so mehr muß es anerkannt werden, daß der Verteilungsanschlag der Regierung hier einen Ausgleich schaffen konnte, und die Elastizität des Wirtschaftsplanes half denn auch über die Schwierigkeiten derart hinweg, daß weite Kreise der Bevölkerung Deutschlands erst dann von dem schlechten Ausfall der Ernte aus 1915 erfuhren, als das Schlimmste überstanden war. Allerdings hat die Kartoffel manchmal dort aushelfen müssen, wo der Roggen nicht reichte, und hierin ist die Ursache für die Kartoffelknappheit zu suchen, die sich im Mai und Juni dieses Jahres trotz einer Rekordernte von 54 Millionen Tonnen bemerkbar machte, und die bald durch die erste Ernte der Frühkartoffeln 1916 beseitigt wurde.

Auch der Fleischversorgung der Bevölkerung mußte größere Aufmerksamkeit zugewandt werden als im ersten Kriegsjahre. Hatte sich die Reichsregierung 1914/15 darauf beschränkt, die Schlachtung von Jungvieh und von Kühen von einem Mindestgewicht oder Mindestalter abhängig zu machen, so sah sie sich 1915/16 veranlaßt, im Interesse der Viehhaltung Maßnahmen zu treffen, durch die der Verbrauch für Kopf und Woche auf eine bestimmte Menge festgesetzt wurde. Hierdurch ist erreicht worden, daß der Viehbestand Deutschlands wieder auf die ungefähre Höhe wie vor dem Kriege gebracht worden ist. Die Ernährung in Deutschland ist nicht schlechter gewesen als die in England oder Frankreich. In Rußland sind die Verhältnisse viel weniger günstig, was zum Teil auf das Wüten der Kosaken im eigenen Lande, zum Teil auf die vorjährige Mißernte und die schlechten Verkehrsverhältnisse zurückzuführen ist. Die Ernährungsweise ist beispielsweise in Petersburg teil-

weise so mangelhaft, daß dort, wie berichtet wurde, wiederholt Skorbut ausgebrochen ist; außerdem gehören Vergiftungen durch verdorbene Nahrungsmittel in Petersburg nicht zu den Seltenheiten, und im Frühjahr dieses Jahres haben beispielsweise in einem dortigen Krankenhause gleichzeitig 350 Personen gelegen, die durch schlecht gewordene Nahrungsmittel vergiftet waren. Im übrigen besteht auch in den Städten Rußlands große Not an Mehl, Graupen und Butter, Waren, die zum Teil unerhältlich sind.

Zum Vergleich für die Ziffern vor dem Kriege sei folgendes angegeben: Es betrugen die

	Deutschland	Frankreich	England
Rindviehbestände	20 994 000	14 706 000	10 650 000
Schweinebestände	25 659 000	6 904 000	3 163 000

Naturgemäß konnte die Regelung der Ernährungsverhältnisse in Deutschland nicht ganz und allein durch den Bundesrat erfolgen. Die Zentralisation des Einkaufs durch die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin regelte in der Hauptsache den Verkehr mit dem Auslande und erstrebte hier die Unterbindung einer unnötigen Konkurrenz der deutschen Händler untereinander sowie der dadurch erfolgenden Preistreiberei und die Entwertung unseres Geldes; auf der anderen Seite sorgte diese Gesellschaft für die gleichmäßige Verteilung an die Städte. Es sind im Laufe der Zeit viele Klagen gegen den Geschäftsbetrieb der Z. E. G. erhoben worden, und es ist festgestellt worden, daß diese in vielen Fällen entweder ungerechtfertigt oder subjektiv gefärbt waren oder auch von falschen Voraussetzungen ausgingen; als ganz selbstverständlich muß es bezeichnet werden, daß sich der rechtmäßige Handel in seiner Tätigkeit zurückgesetzt fühlt, da seine Verdienstmöglichkeiten naturgemäß beschnitten sind. Aber anderseits ist zu betonen, daß keinem Menschen in dieser Zeit, wo Hunderttausende ihre Existenz verloren haben und mit ihrem Blute ihre staatsbürgerlichen

Pflichten betätigen, ein Rechtsanspruch darauf zusteht, Geschäfte zu machen und Geld zu verdienen. Dies muß hervorgehoben werden angesichts des Umstandes, daß es immer noch Leute gibt, die mündlich oder schriftlich die Einrichtung des Zentral-Einkaufs verurteilen. Daß bei einem so großen Betriebe Fehler vorkommen können, ist selbstverständlich, aber es ist auch noch nicht in einem einzigen Falle bekannt geworden, daß Besserungs- oder Abhilfsvorschläge gemacht worden seien, die die Regierung gewiß prüfen und befürworten würde.

Als Beispiel für die Tätigkeit der Z. E. G. sei die Beschlagnahme der Eier und die Zentralisierung des Handels hierin erwähnt. Seitdem diese angeordnet sind, gibt es in Deutschland nur eine bestimmte Menge pro Kopf und Woche. Natürlich steht diese Menge in einem starken Gegensatz zu derjenigen, die wir vor dem Kriege zur Verfügung hatten, denn wir bezogen in Friedenszeiten etwa folgende Mengen an Eiern aus dem Auslande:

aus Rußland für	80	Millionen	Mark,
„ Österreich-Ungarn für	76	„	„
„ Holland für	9,5	„	„
„ Italien für	7	„	„
„ Rumänien für	6	„	„
„ Dänemark für	1,5	„	„
„ Serbien für	1,5	„	„
„ der Türkei für	1,2	„	„

Welch große Menge hierbei seit Kriegsausbruch für den deutschen Verbrauch nicht mehr in Frage kommt, vermag sich jeder selbst auszurechnen, und das erhellt allein aus der Tatsache, daß die gesamte Eiereinfuhr aus Rußland vor dem Kriege mit etwa 175 Millionen Mark zu bewerten war und uns also etwa die Hälfte dieser Riesenmenge zur Verfügung stand. Diesen Ausfall kann natürlich die Z. E. G. nicht ersetzen.

Ähnlich ist es mit anderen Waren. Hierzu kommt noch der durch den Wegfall der Lieferungen aus dem verwüsteten Ostpreußen entstandene Mangel. Die bisherige Feststellung ergab folgende Verluste Ostpreußens durch den Russeneinfall: 135 000 Pferde, 250 000 Stück Rindvieh, 200 000 Schafe, 50 000 Ziegen, 50 000 Gänse, 600 000 Hühner.

Nicht nur, daß dem deutsche Volke die Erzeugnisse der Landwirtschaft Ostpreußens verloren gegangen sind, die in der Kriegszeit doppelt schwer in die Wagschale fallen, es nehmen an den Deutschland zur Verfügung stehenden Mengen auch noch jene Bewohner Ostpreußens teil, die von ihrem Besitz vertrieben und ins Innere geflüchtet sind. Um sich hiervon ein Bild zu machen, sei folgendes angeführt: Es sind zerstört: 24 Städte, 600 Dörfer, 300 Güter, 340 000 Gebäude. Geplündert sind 100 000 Wohnungen. Naturgemäß ist dieser sinn- und zwecklose Ausbruch von russischem Vandalismus, den sich die Westmächte als Kulturträger nach Deutschland geholt haben, niemand, auch Rußland selbst nicht, zustatten gekommen. Erwähnt sei noch, daß während des Russeneinfalles über 2000 Personen mißhandelt und getötet und etwa 10 700 nach Rußland verschleppt worden sind.

Bis zum 1. Mai 1916 waren im ganzen 710 671 Anträge auf Auszahlung einer Vorentschädigung für diese Kriegsschäden gestellt, und es wurden bisher etwa 483 Millionen Mark gezahlt.

Der Industrie wies naturgemäß in der Hauptsache nur der Krieg die Wege, vor allen denjenigen Betrieben, die der Waffen- und Munitionsherstellung nahestehen, und die, wie im ersten, so auch im zweiten Kriegsjahre, vollauf beschäftigt waren. Die Montanindustrie als solche hat mit Hochdruck gearbeitet. Die Steinkohlengewinnung zeigte zwar gegen die früheren Jahre einen Rückgang, das liegt

aber zum Teil am Arbeitermangel, zum Teil an der verkleinerten Ausfuhrmöglichkeit und den schwierigen Transportverhältnissen. Dagegen ist die Braunkohlenindustrie in eine Hochkonjunktur getreten, und ihre Förderung hat im Jahre 1915 mit 88,4 Millionen Tonnen einen Rekord aufgestellt. Zunächst scheint überhaupt die Braunkohle etwas in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt zu sein, wie sich aus der lebhaften Nachfrage nach Braunkohlenfeldern ergibt. Mehr denn je macht die Braunkohle der Steinkohle Konkurrenz und wird besonders zur Inbetriebsetzung von Elektrizitätswerken (Überlandzentralen usw.) verlangt, deren Errichtung an den Lagerstätten dieses Minerals selbst vorgesehen ist. Auch hat der Krieg insofern Einfluß auf die Braunkohlenindustrie gehabt, als er neue Einnahmequellen zeigte. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese Industrie hinsichtlich der Gewinnung von Nebenprodukten einer ähnlichen Zukunft entgegengeht, wie dies bei der Steinkohle in so reichem Maße der Fall gewesen ist.

Die Roheisengewinnung, die seit Kriegsausbruch geringer geworden war, vermochte sich ebenfalls wieder zu heben; auch hier ist zu erwähnen, daß die Hüttenwerke bestrebt sind, sich erzführende Felder anzugliedern.

Besondere Bedeutung hat die Verlängerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates um zunächst fünf Jahre. Nachdem es fast den Anschein gewonnen hatte, als ob die Gegensätze in der Steinkohlenindustrie derart unüberwindlich seien, daß das Syndikat ohne das Schreckmittel eines staatlichen Zwangssyndikates diesmal nicht zustande käme, ist es dennoch den Führern der Industrie, an ihrer Spitze Geheimrat Kirdorf, gelungen, diese für unser gesamtes Wirtschaftsleben ebenso notwendige Einrichtung wie für die Kreise der Beteiligten zusammenzuschweißen.

Für die Maschinenfabriken war genügende Beschäftigung vorhanden; sie beruht zum Teil auch auf den Gebieten der friedlichen Arbeit, da die Landwirtschaft mehr als je Abnehmer für Maschinen und Gegenstände aller Art stellte.

Eine böse Zeit hatte die Kaliindustrie durchzumachen, deren Auslanderxport zum großen Teil brach liegt. Dagegen hat die Sperrung der Einfuhr von Phosphat und Stickstoffdünger aus dem Auslande während des Krieges auch diejenigen deutschen Landwirte zur Anwendung von Kali veranlaßt, die ihren Boden bisher für genügend reich an natürlichem Kali hielten, und die bisher schon Kali verwendenden Landwirte haben aus dem gleichen Grunde dies in höherem Maße als bisher verwandt. Es ist anzunehmen, daß hierin eine Wandlung nicht eintritt und deshalb die deutsche Landwirtschaft auch nach dem Kriege weiter steigenden Kalibedarf haben wird. Die Kalinot des Auslandes hat infolge der vielfachen Behandlung der Kalibeschaffungsfrage in der ausländischen Presse die Aufmerksamkeit der ganzen Welt mehr auf das vielfach noch nicht angewandte Kali gelenkt, als dies die beste Propagandatätigkeit des Kalisyndikates vermocht hätte. Man kann den Inlandverbrauch für 1916 auf ¼ bis ⅓ höher als im Jahre 1913 schätzen, d. i. auf etwa 10 Millionen dz K_2O. Außerdem ist zu erwähnen, daß die Lager aller Verbraucher der Erde geräumt sind; diese sind aufzufüllen, wofür eine Menge von schätzungsweise 4 Millionen dz Kali gebraucht wird, so daß für die beiden ersten Jahre nach dem Kriege ein außerordentlicher Absatz vorauszusagen ist und die vorhandenen Chlorkalium-Fabriken Mühe haben werden, die notwendigen Erzeugnisse zu liefern. Wenn auch die Herstellungskosten voraussichtlich in der ersten Zeit nach dem Kriege noch hoch bleiben werden, so ist angesichts der geschilderten Verhältnisse die Aussicht begründet, daß sich ent-

sprechende Preiserhöhungen nicht allzu schwer erzielen lassen werden.

In der chemischen Industrie, die unter günstigeren Verhältnissen arbeitete, kam es zu großen Zusammenschlüssen und erneuten Vereinbarungen. Die Wichtigkeit dieser Bewegung liegt auf der Hand bei der Bedeutung, die die deutsche chemische Industrie gerade für das Ausland hat. Alle Versuche der chemischen Industrien der feindlichen Länder, uns auf diesem Gebiete in den Hintergrund zu drängen, müssen erfolglos bleiben angesichts der natürlichen Bedingungen, unter denen die deutsche Industrie wirkt, sowie der nie rastenden geistigen Arbeit, die gerade hier in die Erscheinung tritt.

Es bedarf wohl kaum einer weiteren Erwähnung, daß besonders diejenigen Betriebe große Verdienste zu verzeichnen hatten, denen mittelbar oder unmittelbar Heereslieferungen zufielen. Wenn es auch einerseits richtig ist, daß die auf den Gewinn- und Verlust-Konten ausgewiesenen Ziffern im Vergleich zu früheren Jahren vielfach als außerordentlich groß zu nennen sind, so muß doch auch anderseits betont werden, daß wir, abgeschlossen von aller Welt, gerade diesen Kreisen einen Teil unserer militärischen Erfolge zu verdanken haben, die unsere Rüstungen ausbesserten, Munition schafften und die Schlagkraft der Heere unterstützten. Auch darf nicht vergessen werden, daß den jetzigen Kriegsgewinnen diejenigen Versuchs- und Arbeitskosten früherer Jahre gegenüberzustellen sind, für die in Friedenszeiten auch nur die geringste Beihilfe zu gewähren weder im Reichstag noch im Bundesrat je Neigung geherrscht hat. Deshalb muß man sehr vorsichtig sein, wenn man in bezug auf unsere Industrie, deren Spannungskraft und Unternehmungsgeist uns der Himmel erhalten möge, Ausdrücke, wie „Kriegswucher" usw. gebraucht und, wie dies kürzlich

seitens eines bekannten Volkswirtschaftlers geschah, nach Staatshilfe schreit; eine solche einseitige Beurteilung hat unsere Industrie am allerwenigsten verdient.

Was deutscher Fleiß auch während des Krieges vermocht hat, beweist ferner der Verlauf der diesjährigen Leipziger Frühmesse. Nicht nur Gegenstände des täglichen Gebrauches, sondern auch Luxusartikel sind in großer Menge vom Ausland gekauft worden, und daß dies wahrscheinlich auch zum Teil für Rechnung uns feindlicher Länder erfolgt ist, ergeben die Meldungen aus Frankreich, wonach dort über Mangel an deutschen und österreichischen Erzeugnissen, wie Filzhüte, Spielwaren und Haushaltungsgegenstände, geklagt wird. Von etwa 2500 deutschen Ausstellern sind die meisten befriedigend auf ihre Kosten gekommen, und nicht wenige vermochten ihre gesamte Jahresproduktion zu verkaufen. Ob man unter diesen Umständen die Nachahmung der Leipziger Messe in London und Lyon aufrecht erhalten wird, bleibt abzuwarten; viel Aussicht scheint diesen Nachbildungen demnach nicht zu blühen.

In den deutschen Handel griff neben den zum Teil erwähnten Kriegsorganisationen auch die Gesetzgebung ein, die den Kettenhandel in Lebensmitteln unterband und mit Strafe bedrohte. Leider läßt sich die Feststellung nicht umgehen, daß auf diesem Gebiete erst von der am 1. August 1916 in Kraft getretenen Verordnung, welche den Handel in Nahrungsmitteln konzessionspflichtig macht, wirkliche und notwendige Besserung des Nahrungsmittelwuchers zu erwarten ist. Es darf bei einer allgemeinen Erörterung der Wirtschaftsverhältnisse nicht verschwiegen werden, daß sich Kreise in den Handel gedrängt haben, die sehr geeignet sind, seinem Ansehen zu schaden und die Würde seiner rechtmäßigen Vertretung zu beeinträchtigen. Wenn in Deutschland manche Waren hohe und durch nichts zu rechtfertigende Preise erreicht haben, so ist das in vielen Fällen Schuld

jener, die durch Warenzurückhaltung, Kettenhandel und Wucher jeder Art die Preise willkürlich in die Höhe schraubten, indem sie von der Annahme ausgingen, daß „es eben Krieg sei". Auch im Kleinhandel von Nahrungsmitteln müssen behördliche Anordnungen diejenigen rücksichtslos ausschalten, deren Zugehörigkeit zum Handel vor Ausbruch des Krieges nicht einwandfrei festgestellt ist.

Hier ist die Haltung der militärischen Behörden zu erwähnen, die die größte Anerkennung verdient. Mehr als im entferntesten zu erwarten war, haben die Kommandostellen Interesse und Verständnis für wirtschaftliche und Ernährungsfragen gezeigt, wie dies auch seitens der Volksvertreter aller Richtungen anerkannt wird.

Großen Dank haben sich ebenfalls die Gemeinden und Städte erworben. Eine ungeheure Arbeitsleistung liegt auf den Schultern dieser Verwaltungen, an die Ansprüche aller Art täglich und stündlich herantreten. Es gibt kaum ein notwendiges Nahrungsmittel, mit dessen Beschaffung und Verwaltung Stadt- und Gemeindeverwaltung sich nicht beschäftigen müssen, denn die Tätigkeit des Reiches, das naturgemäß nur die Hauptrichtungen andeuten konnte, ließ hier Arbeit in Hülle und Fülle.

Die Schiffahrt litt naturgemäß unter der militärischen Blockade. Aber mehr und mehr drängt sich dem deutschen Volke die Richtigkeit des Kaiserwortes auf, daß unsere Zukunft auf dem Wasser liegt. Ob die größere Vermehrung nach dem Erfolge unserer Unterseeboote bei den Kriegsschiffen oder bei den Tauchbooten liegen muß, mögen berufenere Kreise entscheiden, eins steht jedenfalls bereits heute fest, daß wir einer sehr starken Kriegsflotte bedürfen, wenn wir unseren Handel ausdehnen und seine Erfolge sichern wollen.

Als glänzendster Erfolg deutscher Schiffahrt, deutschen Fleißes und deutscher Erfindungsgabe sind die Inbetrieb-

stellungen der Handelsunterseeboote „Deutschland“ und „Bremen“ zu nennen. In einer Zeit, wo trotz ihrer Niederlage am Skagerrak englische Frechheit eine völker-rechtswidrige Blockade gegen Deutschlands Küste auf-recht zu halten suchte, bewies hanseatische Willenskraft aller Welt, wie schlecht es mit der englischen Meeres-herrschaft bestellt ist: sie durchbrach die Blockade, und als erste zeigte die „Deutschland“ ihre Handelsflagge, die Flagge der Stadt Bremen sowie das schwarz-weiß-rote Banner in amerikanischen Häfen. Die „Deutschland“ hat dargetan, wie stark der Glaube des Landes, dessen Namen sie trägt, an seine Zukunft ist, und wie berechtigt er ist, so-lange es in Deutschland Männer gibt wie den Präsidenten der Bremer Handelskammer, Dr. Alfred Lohmann. Er hat sich an die Spitze des Unternehmens gestellt, das die ersten Unterseefrachtboote in die Welt sandte, und sein Name wird dadurch für ewige Zeiten mit der Geschichte des deutschen Handels verbunden sein.

Solche Taten mitten im Kriege zeugen mehr als Worte von der Wesenheit und vom inneren Werte der deutschen Volkswirtschaft, die heute wie bei Kriegsausbruch un-erschütterlich fest an ihre Zukunft glaubt.

Kriegsziele.

Der bargeldlose Verkehr.

Eins von den vielen Dingen, deren Wichtigkeit wir in-folge des Krieges eingesehen haben, ist die Änderung der bisherigen Zahlungsweise. Bereits vor Jahresfrist wurde in verschiedenen Organen der dem Handels- und besonders dem Bankierstand nahestehenden Presse auf die Notwendig-keit einer Änderung des bisherigen Systems hingewiesen, wie man überhaupt in diesen Kreisen seit Jahren für die

bargeldlose Rimesse eingetreten ist. Leider fand sich für diese Forderung an vielen Stellen nicht das richtige Verständnis, und so konnte es geschehen, daß noch am 3. Juli 1913 sich eine Reichstagsmehrheit fand, die eine Besteuerung von 10 Pf. für jeden im Inlande ausgestellten Scheck und jeden vom Auslande auf das Inland gezogenen guthieß. Diesen Schecks wurden Quittungen über Geldsummen gleichgestellt, die aus Guthaben des Ausstellers bezahlt wurden.

Alle Einwendungen der davon betroffenen Kreise waren vergebens, und es ist nur mit Genugtuung zu begrüßen, daß der Bundesrat kraft seiner Ermächtigung vom 4. August 1914 seinen früheren Beschluß geändert hat. Denn die Einführung der Scheckversteuerung ist als reiner Hohn auf das zu bezeichnen, was die Begründung zum Scheckgesetzentwurf von 1892 anführte; hier heißt es, daß die eigene Kassenführung, zumal für solche, die viele Zahlungen zu leisten und zu empfangen haben, ein mühe- und gefahrvolles Geschäft bleibt: „Zahlungsmittel in größerer Menge müssen sicher aufbewahrt und bereitgehalten werden. Zuverlässige Bedienstete, welche sich auf das Zählen und Prüfen von Geldsorten verstehen, sind zur Erhebung der fälligen Zahlungen abzuordnen; andere sind mit den zu zahlenden Geldern auszusenden, welche vorher sorgfältig gezählt und verpackt werden. Eingehende Gelder sind wiederum genau zu prüfen, zu zählen und zu verwahren, und alle diese Arbeit, welche Zeit und Geld kostet,“ heißt es weiter, „wird gespart, wenn man die Besorgung dieser Geschäfte denjenigen Gewerbetreibenden anvertraut, welche sich berufsmäßig damit befassen; es sind dies die Banken und Bankiers. Bei ihnen sammeln sich die Einlagen ihrer Kunden und die für sie eingehenden Gelder; sie ziehen Forderungen der Kunden ein, besorgen deren Zahlungen und führen über alles Buch und Rechnung. — —

Es handelt sich beim Scheckverkehr um eine dem modernen Verkehr eigentümliche Arbeitsteilung, wodurch das Zahlungsgeschäft technisch erleichtert und gesichert wird und das gesamte Zahlungswesen an Solidität gewinnt."

Im Wirtschaftsverkehr der Völker untereinander oder auch eines einzelnen Volkes hat das Geld etwa die gleiche Bedeutung, die dem Blute für den menschlichen Körper zukommt. Sein ungehinderter Umlauf gewährleistet die Gesundheit des Menschen, während Hemmungen irgendwelcher Art Krankheitserscheinungen nach sich ziehen müssen.

Mehr als jede andere Wissenschaft ist die des Handels und der Volkswirtschaft vorwärts gegangen, und hier technisch auf der Höhe zu bleiben, ist eine der ersten Voraussetzungen für das Handelsleben und den Wettbewerb der freien Kräfte. — Schon aus dem einfachen Grunde des Zinsendienstes sowie der Versendungskosten findet sich bereits im Mittelalter bei den Anstalten, die mit Geldverkehr zu tun hatten, Giroverkehr vor. Von ihm zum Scheckverkehr ist nur ein kleiner Schritt, denn es bedarf einer schriftlichen Anweisung zur Verfügung über das Guthaben bei einem anderen, wenn man einem Dritten Gelder zahlen lassen will oder diesen Dritten auch nur damit betraut, Gelder für eigene Rechnung in Empfang zu nehmen. — Das sind alles Gründe, welche die Erleichterung des Zahlungsverkehrs aus rein wirtschaftlichen Ursachen zur Pflicht machen sollten. Der Zahlungsverkehr mit Bargeld erfordert nicht nur Mühe und Zeit, sondern er bedingt insofern Unkosten, als die das Goldgeld ursprünglich ersetzenden Noten schließlich auch einmal unansehnlich werden und neu gedruckt werden müssen.

Aber die Notenausgabe hat bekanntlich eine besondere Seite, über die gerade während des Krieges viel gesprochen und geschrieben worden ist. Es enthält nicht nur der § 17 des Bankgesetzes die Verpflichtung, daß die Reichsbank für

den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein Drittel in kursfähigem deutschen Gelde, Reichskassenscheinen oder Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1300 Mark gerechnet usw usw., in ihre Kassen als Deckung bereitzuhalten hat, sondern es besteht die internationale Auffassung, daß eine jede Zettelbank sich dieser Vorschrift zu fügen hat, will sie nicht in den Ruf unsoliden Geschäftsgebarens kommen und die von ihr ausgegebenen Noten entwertet sehen. In dieser Erkenntnis war unsere Reichsbank vom ersten Tage des Krieges bemüht, ihren Goldbestand nach Möglichkeit zu vergrößern — daß ihr genialer Präsident es als wichtigste Aufgabe seiner Arbeit betrachtete, von jeher die Goldbestände der Reichsbank zu schützen, ist ein Verdienst, das ihm nie hoch genug angerechnet werden kann —, ein Ziel, das sie trotz verschiedener größerer Goldremittierungen erreicht hat. Die Besetzung großer fremder Länderteile und die Besorgung von Zahlungsmitteln hierfür stellten sie, wie an anderer Stelle ausgeführt, vor neue Aufgaben, die ihrem Goldbestand ebensolche Anforderungen brachten.

Aus der Entwicklung dieser Dinge folgte die Feststellung, daß es für das Zentral-Noteninstitut außer der ständigen Vermehrung des Goldbestandes noch einen anderen Weg gäbe, der die gleiche Wirkung erzielte, nämlich die Einschränkung des Notenumlaufes; denn nur Papiergeld kommt für große Zahlungen in Frage, da Gold oder gar Silber naturgemäß hierfür nicht zur Verfügung stehen. — Neben dem Gebot „Schafft das Gold zur Reichsbank" entstand also das neue vom „bargeldlosen Verkehr".

Daß der Scheck oder die ihn ersetzende Form der Quittung aus Bank- oder sonstigen Guthaben hierfür in hervorragender Weise geeignet ist, bedarf keiner Frage, aber wir Deutschen sind in solchen Dingen etwas schwerfällig, und man würde vergeblich nach jemandem suchen, der etwa

seinem Schuster das Besohlen von Schuhen trotz des hierfür sehr gestiegenen Preises mit einem Scheck auf seine Bank bezahlen wollte. Man darf jedoch allgemein annehmen, daß der Schuster ebenso wie jeder andere kleine Lieferant über eine Anweisung auf einen verhältnismäßig geringen Betrag an Zahlungsstatt quittieren würde. Anders ist es aber schon, wenn wir in Deutschland einen großen Scheck zur Bezahlung einer Rechnung in einem offenen Geschäft verwenden wollen. In vielen Fällen ist der Scheckempfänger hiervon nicht sehr erbaut, und ganz besonders dann nicht, wenn ihm die Verhältnisse des Ausstellers nicht näher bekannt sind und er einen solchen Scheck zum erstenmal von demselben erhält. — Wie gesagt, wir sind darin etwas schwerfällig; das mutet eigenartig an gegenüber solchen Ländern, in denen ein Scheck — ob über größere oder kleinere Beträge, bleibt gleichgültig — ebenso in Zahlung gegeben und genommen wird wie bares Geld.

Wie dem abzuhelfen sei, ist eine gegenwärtig viel erörterte Frage, denn nach § 10 des gültigen Scheckgesetzes vom 11. März 1908 kann ein Scheck nicht angenommen werden und gilt ein auf den Scheck gesetzter Annahmevermerk als nicht geschrieben. Die Motive zum Gesetz wollten im Interesse der Gediegenheit des Scheckverkehrs ein Akzept nicht zulassen und befürchteten, daß der mit einer solchen Erklärung versehene Inhaberscheck zu einer auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibung würde, die gemäß § 795 des B. G. B. der staatlichen Genehmigung bedarf. Diese Begründung, die an sich unhaltbar ist — man denke nur an die vielen Umgehungsmöglichkeiten, die bei auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen ohne staatliche Genehmigung denkbar und üblich sind —, verkannte offenbar völlig den wirtschaftlichen Zweck des Schecks, und die graue Theorie trug mit dem § 10 des Scheckgesetzes den Sieg über die Praxis davon. Wenn eine Akzeptierung des Schecks

im Handelsgebrauch nicht üblich ist, so erklärt sich das daraus, daß der Scheck eben eine Erleichterung des Zahlungsverkehrs darstellen soll, d. h. man will nicht jeden einzelnen Scheck vom Bezogenen akzeptieren lassen, denn dazu brauchte man nicht das Scheckformular, sondern man könnte sich ein Wechselakzept des Bezogenen oder dessen Zahlungsanweisung auf den Zahlungsort kaufen. Die Motive übersehen vollständig, daß der Scheckverkehr an und für sich ein Vertrauensverhältnis zwischen seinen sämtlichen Beteiligten voraussetzt, d. h. der Scheckempfänger erwartet, daß der Scheck bezahlt wird, und die bezogene Bank setzt voraus, daß der Aussteller nur innerhalb seines Guthabens Schecks ausfertigt. So ist es denn schon mehr als einmal vorgekommen, daß ein Scheck eingelöst wurde, auch wenn das Guthaben zur Zeit nicht völlig vorhanden war; allerdings richtet sich dies wieder nach dem angeführten Vertrauensverhältnis, denn man kann einer Bank unmöglich die Garantie dafür abverlangen, daß sie jeden auf sie gezogenen Scheck auch honoriert.

Diese Erörterungen sollen zeigen, wie schwierig es zur Zeit ist, den Scheck in Deutschland volkstümlich zu machen und durch ihn tatsächlich die Benutzung der Noten, d. i. des baren Geldes, nach Möglichkeit auszuschalten. In vielen Fällen wünscht der Empfänger des Schecks in irgendeiner Weise eine Bestätigung dafür zu haben, daß dieser auch tatsächlich eingelöst wird. Dazu ist mehrfach vorgeschlagen worden, der Aussteller solle den Scheck vor seiner Ausgabe mit irgendeinem Vermerk versehen lassen, wonach er berechtigt erscheint, über die im Scheck angegebene Summe zu verfügen. Es handelt sich also bei solchen Vorschlägen um nicht mehr oder weniger als eine Umgehung des § 10 des Scheckgesetzes. Diese Gedanken sind nicht neu. In England und Amerika ist ein solches Verfahren seit langem üblich. Man nennt es Certifying, und es erfolgt dadurch,

daß die bezogene Bank auf Wunsch des Inhabers oder Ausstellers des Schecks das Wort „Certified" oder das Wort „Good" auf den Scheck schreibt. Ob man diese oder eine andere Erklärung auf den Scheck schreibt, ist gleichgültig: jede Maßnahme soll dem Inhaber des Schecks eine mehr oder weniger große Sicherheit für seine Einlösung geben. — Daß man nicht darauf gekommen ist, die juristische Tragweite des § 10 einfach durch Bundesratsbeschluß allgemein aufzuheben, ist das Sonderbarste an all den gepflogenen Erwägungen. Damit wäre die Annahmemöglichkeit des Schecks verbürgt, und daß dies in vielen Fällen notwendig ist, kann keinem Zweifel unterliegen. So wurde der Reichsbank vor kurzem das Recht eingeräumt, auf sie gezogene Schecks mit einem die Annahmeerklärung ersetzenden Vermerk zu versehen.

Aber hiermit ist nur ein Weg für den bargeldlosen Verkehr gegeben; auch andere Wege führen zum Ziele. Zunächst dürfte man seit Beginn der Erörterungen erwarten, daß alle Behörden in weit stärkerem Maße von Reichs- und anderen Bank-Girokonten, vom Postscheck usw. Gebrauch machten, als dies bisher der Fall war. Doch die Behörden können sich vielfach nicht von der Bargeldzahlung trennen, weil der Kassenführer über jede Zahlung eine sofortige möglichst amtliche Quittung wünscht, und an vielen Stellen scheint man wenig Lust zu haben, die eigene Belastungseintragung in das Scheck- oder Überweisungsgegenbuch so lange als Zahlungsbeleg anzusehen, bis eine Überweisungsbestätigung des Geldempfängers vorliegt. Mit diesem Zopfe muß unbedingt gebrochen werden, will man Erfolge erzielen; allerdings wird hiermit in den meisten Fällen die grundlegende Änderung eines veralteten Buchführungsverfahrens verknüpft sein. Ob dies gerade während der Kriegszeit möglich ist, dürfte zur Zeit deshalb recht fraglich sein, weil der größte Teil der kaufmännisch

vorgebildeten und hierfür notwendigen Kräfte sich bei der Fahne befindet.

Daß auf dem vorgeschlagenen Wege viel erreicht werden kann, ergibt sich aus der Betrachtung des Umstandes, welche Summen z. B. jeweils zur Auszahlung der Gehälter an die Beamten der Städte allein notwendig sind. Bei dem Sparsinn des deutschen Volkes darf man annehmen, daß ein großer Teil der zur Auszahlung gelangenden Gelder sofort wieder städtischen Sparkassen zufließt: hier würde man das ganze Zahlungsgeschäft durch Überreichung von Überweisungsbriefen in wenigen Minuten erledigen können. Ähnlich verhält es sich mit Staats- und anderen Beamten. Es würde in die Personalakten eines jeden aufzunehmen sein, wohin das Gehalt überwiesen werden soll; auch könnte in vielen Fällen seitens der Arbeitgeber, sowohl bei Beamten wie auch bei Arbeitern, eine Überweisung des ganzen oder teilweisen Lohnes an eine Bank oder sonstige Kasse erfolgen. Es gibt eine Reihe von Mitteln und Wegen, um zu verhindern, daß allmonatlich viele Hunderte von Millionen sinn- und zwecklos hin- und hergetragen werden. Auch von der Einrichtung des Postschecks sollte in weit höherem Maße als bisher Gebrauch gemacht werden. Der feste Bestand, den die Post verlangt, ist verhältnismäßig so gering, daß schließlich auch der kleinste Gewerbetreibende von dieser segensreichen und ersparnisreichen Einrichtung Gebrauch machen könnte.

Ob auf diesem Gebiet in wenigen Monaten Wandlung geschaffen werden kann, erscheint recht zweifelhaft; denn man muß bedenken, wieviel Schwierigkeiten das Scheckwesen, der eigentliche Träger des bargeldlosen Verkehrs, ausgesetzt gewesen ist. Bisher hat außer den unmittelbar betroffenen Kreisen kein Mensch etwas für dessen Ausbreitung getan, ja man behauptet, daß gewisse Schichten ein Interesse seiner Verhinderung gehabt hätten, weil man fürchtete, daß

die vereinfachte Zahlungsweise eine allzu rasche Verbindung mit entfernteren Gegenden herstellen könnte. Ob Zusammenkünfte und Besprechungen hier von großem Wert sind, mag dahingestellt bleiben; das Ziel, das an und für sich sehr erstrebenswert ist, wird erreicht werden, wenn für weiteste Aufklärung auf diesem Gebiete gesorgt wird, und zwar allerseits. Bereits in der Schule hat sie zu beginnen. Sie ist ebenso wichtig wie etwa das Datum der Schlacht am Trasimenischen See oder das des Geburtstages von Nietzsche. Allerdings wird mit der größeren Ausdehnung der Zahlungen durch Anweisungen eine möglichst große Sicherheit für ihre Einlösung verknüpft sein müssen, und man könnte den § 10 des Scheckgesetzes vielleicht durch eine Ergänzung ersetzen, die sich an die Bestimmungen über den Betrug anlehnt. Die rücksichtsloseste Handhabung derartiger Vorschriften gewährleistet zweifelsohne die Sicherheit des Verkehrs, und wenn die Presse noch ein übriges tun und für Aufklärung in den breitesten Kreisen sorgen will, dann wird die Verminderung des Umlaufes der Noten unserer Reichsbank die allgemein willkommene Tatsache offenbaren, daß das deutsche Volk es versteht, wirtschaftliche Kriegslehren auch in die Praxis umzusetzen.

Die Presse.

Der große Reformator Krieg hat auf keinem Gebiete eine größere Änderung der Meinung herbeigeführt, als in bezug auf die Presse. Es ist bekannt, daß das Zeitungswesen Deutschlands von jeher auf sich selbst gestellt gewesen ist. Hatte man in seinen Kinderjahren in den Kreisen der Regierung ihm mißtrauisch gegenübergestanden und es mit Konzessionsentziehungen, Stempelauflagen, Inseratensteuern und Kautionsleistungen einzuengen versucht, so konnte man sich auch später nicht recht mit ihm befreunden, als die öffentliche Meinung auf das bestimmteste die

Beseitigung derartiger Knebel verlangte und die Befugnisse der Presse gesetzlich zu regeln zwang. Es ist bezeichnend für Rußland, daß dort die Verhältnisse heute genau so sind wie vor 50 Jahren bei uns.

Es ist gewiß wahr, daß mit dem Wort „Redakteur" eine Menge Unfug getrieben wird, es darf hier nur an jene „Zeitungen" erinnert werden, die ihr wirtschaftliches Fortkommen mehr durch ungeschriebene als durch verantwortlich gezeichnete Artikel zu heben versuchen; aber diese doch verhältnismäßig geringe Zahl in einigen Großstädten heimischer Blätter steht im schroffsten Gegensatz zu dem übrigen großen Teil der Presse. Es muß allerdings erwähnt werden, daß wir leider in Deutschland eine Gepflogenheit aufkeimen sahen, die auf das schärfste zu verurteilen ist: es gab bis vor dem Kriege eine Reihe und nicht nur kleiner Blätter, die sich ständig darin gefielen, in politischer Hinsicht Sensation zu erregen.

Man kann es unter solchen Umständen verstehen, daß einzelne Kreise die Besetzung verantwortlicher Stellen bei einer Zeitung von einem Befähigungszeugnis abhängig machen wollten. Anderseits aber haben so viele tüchtige Presseleute den Beweis für ihre Kenntnisse und Fähigkeiten erbracht, daß diese Erwägungen auf den großen Kehrichthaufen gehören, von dem der Reichskanzler in den Augusttagen 1914 sprach. Im großen und ganzen aber wurde bis zum Kriegsausbruch die Presse in Deutschland als quantité négligeable betrachtet, „zur gefälligen kostenfreien Aufnahme" amtlicher Inserate benutzt und auf Preßvergehen überwacht. Das ward anders, als der Krieg Klarheit schaffte von dem Wert der Organe, die die öffentliche Meinung beeinflussen.

In nie geschautem Siegeszug eroberten die deutschen Waffen einen Platz nach dem andern und ergriffen Besitz von den stärksten Festungen der Erde. Und wir erlebten die

überraschende Tatsache, daß die unseren Feinden zur Verfügung stehenden Agenturen der „Havas“ und „Reuter“ unsere Waffenerfolge nicht nur zu verkleinern wußten und wegleugneten, sondern sogar in das Gegenteil verkehrten; wir merkten auch bald, daß in diesen Lügen System lag, ahnten jedoch nicht, daß dieses Lügensystem bereits in Friedenszeiten hinreichend verbreitet worden war, um den größten Teil der neutralen Presse Europas und Amerikas zu beherrschen und die ehrlichen Meldungen des Wolffschen Telegraphenbureaus zu Schatten zu stempeln, denen dort keinerlei Bedeutung beigelegt wurde. Und eines Tages wunderten wir uns, daß wir nicht nur sehr viele Feinde in den Vereinigten Staaten Nordamerikas hatten, sondern daß auch verschiedene südamerikanische Staaten im Glauben an ein schon zertrümmertes Deutschland den Mut fanden zu einer Haltung, die durch nichts gerechtfertigt erscheint, jedenfalls aber nichts weniger als freundschaftlich war; und dies in Ländern, mit denen wir ständig die besten Handelsbeziehungen unterhalten hatten.

Daß unsere Verbindungen mit draußen nicht gut waren, wußten diejenigen Kaufleute, deren Geschäfte den ständigen Verkehr mit fremden Gebieten erforderten. Die vorhin erwähnten, für uns recht traurigen Tatsachen finden ihre beste Erklärung dadurch, daß das einzige Kabel, das uns mit Amerika verbindet, seit Kriegsausbruch nicht mehr von uns beherrscht wird. In Kaufmanns- und besonders Börsenkreisen war es allerdings recht lange bekannt, daß man von Deutschland aus rascher und billiger über London nach New York telegraphieren konnte, als mit dem einzigen direkten, und daher ständig überlasteten Kabel über Emden.

Ist diese Tatsache schon nicht in Einklang zu bringen mit den riesenhaften Beziehungen, die den deutschen Handel vor dem Kriege mit dem überseeischen Auslande verbanden,

so ist es geradezu undenkbar, daß unter solchen Umständen die Presse überhaupt in der Lage gewesen wäre, mit Übersee in Verbindung zu bleiben und sich dort Geltung zu verschaffen; besondere von der deutschen Presse verbreitete Mitteilungen gelangten auf dem Wege über ausländische Telegraphenbureaus nach Amerika und erfuhren unter den Federn französischer und englischer Korrespondenten solche Verstümmelungen, daß von einer Aufklärung unsererseits dorthin selbst ein Optimist nicht mehr sprechen kann. Daß man nach dem Kriege hier Abhilfe schaffen muß, ist selbstverständlich. Die Presse allein wird es nicht können, denn ihr sind im Inlande zu große Aufgaben gestellt und vielfach sieht man noch das Zeitungsgeschäft als ein Erwerbsgeschäft an. Gewiß ist das richtig, aber man darf nicht vergessen, daß zwischen der Tätigkeit der Presse, ihrer Redakteure und Berichterstatter und der anderer Berufsstände insofern ein gewaltiger Unterschied besteht, als die Pressetätigkeit weit mehr die Allgemeinheit berührt als jeder andere Beruf und ihre Äußerungen eine Beeinflussung der Allgemeinheit sowie auch deren Sprachrohr im In- und Auslande darstellen. Nur von diesem Gesichtspunkt aus wird man ihrer Tätigkeit gerecht werden können. Es wird an uns liegen, aus den Erscheinungen des Krieges die nötigen Lehren zu ziehen. In welcher Weise eine Unterstützung der Presse möglich ist, kann in einem kurzen Aufsatz nicht erschöpfend behandelt werden, es gibt da verbilligte Kabel- und Telegrammgebühren, niedrigere Sätze für Telephongebühren und Fernsprechanlagen, wenn man nicht gleich Porto- und Gebührenfreiheit in Anspruch nehmen will. Erfreulich ist, daß der Anfang bereits mit der neuesten Steuergesetzgebung in Deutschland gemacht ist.

Als selbstverständlich wird man es betrachten müssen, daß der Nachrichtendienst für die Presse, soweit er mit schwebenden Tagesfragen und Tagesforderungen der Re-

gierungen, Behörden usw. zusammenhängt, in vollkommenster Weise von maßgebenden Stellen derart erfolgt, daß Irrtümer ausgeschlossen sind und daß die deutsche Presse über Vorgänge unserer Politik und unser Wirtschaftsleben auf das schnellste und sicherste zu berichten vermag, bevor eine Entstellung von böswilliger Seite möglich ist. Wie hoch rasche Berichterstattung einzuschätzen ist, beweisen mehr als alles andere unsere Mitteilungen über unsern Seesieg am Skagerrak, bei dem England bekanntlich seine alte Lügenmethode wieder anwenden wollte, die ihm diesmal jedoch gründlich mißlang.

Während des Krieges hat der deutsche Zeitungsmann so viel Beweise von Stärke und Selbstlosigkeit gegeben, daß ihm für die Zukunft jedes Vertrauen gebührt. Kein Beruf hat hinter der Front mehr seine Schuldigkeit getan als die deutsche Presse. Von hier aus wurde jede Maßnahme der Regierung unterstützt und unaufhörlich daran erinnert, daß mit dem Getreide gespart werden müsse, daß das Gold der Reichsbank gehöre usw. Und das trotz der Zensur, die gerade dem Pressevertreter nicht willkommen sein konnte; dazu die Minderung der Einnahmen aus den Anzeigen, die ungeheuer gestiegenen Papierpreise sowie die höheren Arbeitslöhne und der Personalmangel! Und doch hat die deutsche Presse täglich gepredigt, daß wir durchhalten müssen! Nicht zum geringsten Teil gebührt ihr der Ruhm, bei der Unterbringung der Kriegsanleihe, die uns die Fortführung der Kämpfe für Deutschlands Bestand möglich macht, ihre ganze Kraft eingesetzt zu haben! In allen diesen Dingen, sowohl in der Entsagung wie auch den positiven Leistungen, liegt eine so bewundernswürdige Auffassung der Kulturaufgaben, die der Presse zugewiesen sind, daß Dankbarkeit gegen diesen Beruf nach dem Kriege der deutschen Nation nur zur Ehre gereichen kann.

Die deutsche Mode.

Die Hochsaison in den deutschen und ausländischen Bädern erfuhr eine jähe Unterbrechung durch die Fanfaren, die den Beginn des Weltkrieges ankündigten. Mit ihm veränderte sich das Gesellschaftsbild unserer Städte mit einem Schlage, und an Stelle der üblichen gesellschaftlichen Unterhaltungen und Zusammenkünfte fand der Herbst 1914 die deutsche Frau in kleineren Kreisen damit beschäftigt, Puls-, Bauch- und Kopfwärmer zu stricken, die als Liebesgaben unsere Feldgrauen erfreuen sollten. Aber ganz ererstorben war das gesellschaftliche Leben nicht, und eine große Sorge vieler Frauen blieb der Zuschnitt der Kleidungsstücke. Zwar war es wohl möglich, die letzten französischen Modezeitschriften sich auf dem Wege über das neutrale Ausland zu verschaffen, aber es mußte der allgemeinen Stimmung Rechnung getragen werden, und plötzlich hieß es: deutsch sei auch die Mode!

Diese Regung, über die in früheren Jahren viel gesprochen und geschrieben worden ist, schien durch den Krieg verwirklicht zu werden, und es war kein Grund zur Annahme, daß Berlin und Wien, unabhängig vom Pariser Kokottentum, nicht Frauentrachten zu schaffen vermöchten, die Geschmack und künstlerische Neigung eines jeden befriedigten.

Mit großem Tamtam wurde der Beginn der neuen Zeit in die Welt posaunt, und es fand, besonders in Berlin, eine Reihe von Zusammenkünften statt, in denen das Werden und Wesen der neuen Mode festgelegt wurde.

Die schaffenden Kräfte scheinen jedoch, sei es aus in ihnen selbst liegenden, sei es aus allgemeinen Gründen, zur Verwirklichung eines derartigen Planes nicht sehr geeignet gewesen zu sein.

Was herausgekommen ist, kann im Grunde genommen nicht als deutsche Tracht bezeichnet werden, sondern auch hier handelt es sich um Nachäffung der französischen Mode, die

zur eigenen Rechtfertigung mit einigen subjektiven Schnörkeln versehen wurde. Man wird bei der gesamten Art der Aufmachung den Gedanken nicht los, daß diese ganze Unternehmung geschäftlichen Interessen entsprungen ist, die die eigene Verdienstmöglichkeit von Seiden- und anderen Fabrikanten verfolgte. An und für sich würde es gleichgültig sein, ob ein bewußtes oder unbewußtes Kokottentum der Großstädte dieser oder jener Tracht huldigt und ob hieraus Vorteil ziehende Kaufleute es für richtig hielten, mit jenen Hand in Hand zu gehen. Aber diese Sache hat eine tiefere Bedeutung gewonnen durch die Art der Erzeugnisse, die eine Zeitlang der Öffentlichkeit in den Großstädten während des Krieges ein eigenartiges Gepräge gaben. Und dann! Sind sich denn alle die beteiligten Kreise, die sich mit diesen Dingen beschäftigt haben, dessen nicht bewußt gewesen, daß die Erörterung so nichtiger Angelegenheiten denen ein Schlag ins Gesicht bedeutet, die draußen täglich und stündlich ihr Leben für das große Ganze einsetzen und für die, denen der Krieg Einkommen und Existenz vernichtete!

Daß diese Modebewegung auch wirtschaftlich nicht unbeachtet bleiben durfte, zeigen die Erlasse verschiedener militärischer Befehlshaber. Kann man sich etwas Törichteres vorstellen als eine Mode, die gegen früher die vierfache Stoffmenge für Kleider erforderte und Schuhe herstellte, deren Leder vor dem Kriege für zwei bis drei Paar gereicht hätte?! Und das in einer Zeit, wo beinahe jeder Stoff für militärische Zwecke gebraucht wird, also der Erhaltung des Vaterlandes dient, und wo eine beispiellose Lederknappheit zu einer Beschlagnahme dieses Artikels auf allen Gebieten geführt hat. Es klingt wie Spott, wenn man diese Auswüchse mit patriotischem Empfinden begründen will. Hätte man für die Kriegszeit passende Vorbilder finden wollen, so stand die Gestalt der Königin Luise mit ihren Handlungen als leuchtendes Beispiel für deutsche Frauentracht in geschichtlicher Erinnerung; hier ist Anmut

und Würde gepaart, wie es sich mit eisernen Zeiten verträgt. Wollte man aber nicht so weit zurückgreifen, so hätten alle jene, die sich mit der Modefrage befaßten, in die deutschen Industriegebiete reisen sollen, wo eine neue Frauentracht enstanden ist, geboren aus neuer eiserner Zeit: Industrie und Verkehrswege gebrauchten Arbeitskräfte; da die Männer im Schützengraben lagen, griffen die Frauen zu Schaufel und Hacke, ersetzten den unbequemen Kleiderrock durch Arbeitshosen und trugen zum Schutze gegen Nässe und Kälte eine einfache Mütze auf dem Kopfe, am Leibe einen Arbeitskittel.

So wünschenswert es vom nationalen Gesichtspunkt aus sein mag, daß sich die deutsche Frau von der französischen Mode unabhängig macht, ebenso verfehlt ist es, einen solchen Plan in wenigen Monaten ausführen zu wollen. Jedenfalls hat der Gedanke zunächst ein jämmerliches Ende genommen, und man wird ihn zurückstellen müssen, bis ruhigere Zeiten eine ruhige Entwicklung der Frauentracht zulassen. Auf dem Wege der Besprechungen zwischen Künstlern und Fabrikanten wird wenig herauskommen. Daß deutsche Technik und deutscher Geschmack die Modefrage in nationalem Sinne zu lösen vermögen, daran brauchen wir nicht zu zweifeln.

Deutschlands Kriegsziele.

Mehr als einmal ist die Forderung aufgestellt worden, die Erörterung der Kriegsziele freizugeben. Daß dies der Fall sein wird, sobald davon praktische Folgen zu erwarten sind, ist von Regierungsseite in unzweideutiger Weise erklärt worden; solange diese Möglichkeit nicht vorhanden ist, kann ein derartiges Beginnen lediglich den zweifelhaften Wert der Theorie und leicht eine Störung des Burgfriedens zur Folge haben. Zweckmäßiger als ein derartiges Unternehmen scheint die Erörterung derjenigen Kriegsziele zu sein, die sich unsere Feinde gesteckt haben. Diese gipfeln in

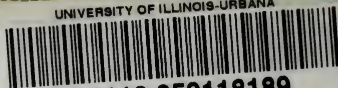
einem: in der Zertrümmerung Deutschlands, militärisch, politisch und wirtschaftlich, und das letzte um so mehr, je weniger Aussicht vorhanden ist, uns mit der Waffe zu besiegen. Bedarf es demgegenüber noch irgend welcher Erörterungen! Soll man zu einer Zeit, wo England an nichts anderes denkt, als an die gänzliche Vernichtung des deutschen Handels und der deutschen Wirtschaft, überhaupt Dinge erörtern, für deren Möglichkeit schließlich und endlich doch nur der Waffenerfolg die Voraussetzung darstellt! Für uns gibt es nur eins: Vertrauen zu unserer Regierung und Vertrauen zum Heere und seinen Führern! Das ist die nächstliegende Pflicht eines jeden Deutschen, und dessen müssen sich alle bewußt sein, die da glauben in irgendeiner Weise Kritik üben zu dürfen.

Wirtschaftlich brauchen wir keine Kriegsziele, denn noch wissen wir nicht, wie sich unsere Verhältnisse mit dem Auslande gestalten werden; in den Jahren der Entwicklung haben sich Industrie und Handel auch keine bestimmten Ziele vor Augen gesetzt, es sei denn das Ziel einer Ausdehnung, das jedem Geschöpf instinktmäßig innewohnt: die Sorge für eine Verbesserung der Verhältnisse.

Und was wir sonst für Kriegsziele haben? Das hat der Deutsche Kaiser in seinem Erlasse an den Reichskanzler am 31. Juli zum Ausdruck gebracht:

„Wir werden diesen Kampf zu einem Ende führen, das unser Reich vor neuen Überfällen schützt und der friedlichen Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände für alle Zukunft ein freies Feld sichert. Frei, sicher und stark wollen wir wohnen unter den Völkern des Erdballes. Dieses Recht soll und wird uns niemand rauben.“

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn,
Berlin SW68, Kochstraße 68—71.



Von dem gleichen Verfasser erschien:

„Wehe den Besiegten!"

Die wirtschaftliche Lage der kämpfenden Mächte

Preis 80 Pf.

Seit die Erde besteht, wurden nie größere Anforderungen an das Wirtschaftsleben der Völker gestellt als gegenwärtig. Hand in Hand mit der Riesenzahl der Truppen geht die Finanzierung des Krieges. Einen vorzüglich orientierenden Einblick in das Wirtschaftsleben im Weltkriege gewähren die in dieser durchaus volkstümlich gehaltenen Schrift enthaltenen fesselnden Darlegungen, die auch scharf die zukünftige finanzielle Lage der Besiegten beleuchten.

Das Geld im russisch-japanischen Kriege

Ein finanzpolitischer Beitrag zur Zeitgeschichte

Von Karl Helfferich

Preis M 4,50, gebunden M 5,50

Die Ausführungen haben wegen ihrer Gediegenheit und wegen des umfangreichen, sorgfältig gesammelten und bearbeiteten Zahlenmaterials sowohl in politischen wie in finanziellen Kreisen eine lebhafte Beachtung und Würdigung gefunden. Die Schrift darf mit Recht den Charakter einer einheitlichen Darstellung der finanzpolitischen Geschichte des ostasiatischen Krieges beanspruchen und bildet eine höchst wertvolle Bereicherung der modernen Finanzliteratur

Deutschland in Vorderasien

Von Hans Rohde

Mit einer Karte * Preis M 2,75

Ein vorzüglicher Kenner der kleinasiatischen Türkei führt weitesten Kreisen unseres Volkes vor Augen, was nach den seitherigen Erfahrungen von deutscher Seite aus geschehen muß, um uns auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete im Orient Erfolge zu sichern. Kleinasien ist berufen, in Zukunft uns mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu versorgen und uns unabhängiger von den Erzeugnissen transatlantischer Länder zu machen.

E. S. Mittler & Sohn, Königliche Hofbuchdruckerei, Berlin.